

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 11. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkseckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Dicksont-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Dem Parteitag!

Zu seiner Eröffnung heute abend im Preussischen Landtag.

Der Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird heute abend an der Stätte des einstigen Dreiklassenparlaments, im Haus des Preussischen Landtags, eröffnet. Seine Tagung ist nicht nur für die Parteigenossen eine Sache des höchsten Interesses, ja geradezu eine Herzensangelegenheit, auch für die übrige politisch interessierte Welt ist der Vertretertag der größten politischen Organisation Deutschlands ein Ereignis von hoher Bedeutung.

Die Vernichtung der Sozialdemokratie, zum mindesten ihre Schwächung bis zu einem Grade, bei dem sie aufgehört, ein politischer Faktor zu sein, war das Ziel, das sich die Rechte und die äußerste Linke im letzten Wahlkampf gesetzt hatten. Wie wenig es erreicht worden ist, haben die Ereignisse der jüngsten Zeit gezeigt. Nach einer künstlich herbeigeführten und endlos hingeschleppten Regierungskrise, die keiner der an ihr beteiligten Parteien zum Ruhme gereichte, hat die sozialdemokratische Fraktion ihre Arbeit im Reichstag mit einem glänzenden Auftakt begonnen. Auch kein Gegner, sofern er eines einigermaßen objektiven Urteils fähig ist, wird bestreiten können, daß die Partei mit raschem Entschluß die Führung an sich genommen und die Ehren des parlamentarischen Kampfes für sich eingeeignet hat.

Indem die Partei, ohne sonst nach der Beschaffenheit und dem Programm der Regierung zu fragen, für die Übernahme des Sachverständigenrats den Ausschlag gab, tat sie freilich nicht mehr, als was notwendig war. Es so getan zu haben, daß ihr Schritt bis weit über die eigenen Parteigrenzen hinaus überzeugend wirkte, bleibt ihr Verdienst.

Der stürmische Gang der Ereignisse hat uns keine Zeit gelassen, unsere Wunden zu befehen, er hat uns gezwungen, sofort weiterzukämpfen, und das war gut so. Es war gut, daß uns sofort die Entscheidung über eine große Frage der praktischen Politik und damit aufs neue die Erkenntnis ausgenötigt wurde, daß wir unter den gegenwärtigen revolutionär veränderten Verhältnissen uns nicht mehr auf das Agitieren, Organisieren und Theoretisieren beschränken können, sondern daß jederzeit die Stöckkraft unseres politischen Willens miteinscheidend ins Gewicht fällt.

Während wir früher die Verantwortung für das Schicksal des arbeitenden Volkes auf die „herrschenden Klassen“ abwälzen konnten, haben wir sie heute so oder so mitzutragen. Diese Funktionsänderung unserer Partei war es nicht zuletzt, die die große Krise in der politischen Arbeiterbewegung hervorrief. Denn die Massen, die bis dahin auf unsere „Gegenwartsarbeit“ nur sehr bescheidene Erwartungen gesetzt hatten, knüpfen nun an sie die überschwänglichsten Hoffnungen. Die Zeit, in der die Sozialdemokratie nichts vermochte, schien ihnen vorbei, und die Zeit, in der sie alles konnte, gekommen.

Zugleich mit dem Wachaufstieg der Partei hatte die Nachkriegszeit für die Arbeiter eine Vermehrung ihrer wirtschaftlichen Not gebracht. Eines war so natürlich wie das andere. Aber was dem Forscher in seiner Studierstube als doppelte Wirkung aus einer Ursache, eben aus dem verlorenen Krieg, erschien, mußte es nicht minder aufklärten Massen als ein krasser Widerspruch erscheinen? Diese Massen schrien aus tiefster Not, und sahen ihre Vertreter in einer Weise handeln, die nicht unmittelbar zu ihrem primitiven Verständnis sprach und die ihnen auch keine fühlbare Besserung brachte.

Diesen Massen begreiflich zu machen, daß unsere ganze Arbeit nur ihnen gilt, daß sie aber auch hart und langwierig ist, das ist gewiß eine schwere Aufgabe. Um so schwerer, als sie geleistet werden muß mitten im Geheul einer hemmungslosen Demagogie, die den Begriff der Verantwortung überhaupt noch nicht kennen gelernt hat. So wenig wir Verständnis haben und haben können für die Wesensart kommunistischer und nationalsozialistischer Demagogen, so sehr sind wir verpflichtet, Verständnis zu haben für die Psyche jener unserer arbeitenden Volksgenossen, die vorübergehend das Opfer verwirrender Phrasen geworden sind.

Daneben dürfen wir auch nicht andere Veränderungen übersehen, die im Volksleben vor sich gegangen sind. Die Zeit, in der ein aus der naturwissenschaftlichen Erkenntnis überkommener sozialer Entwicklungsgedanke schon für sich allein faszinierend wirkte, ist vorüber. Der Krieg hat mit unerhörter Wucht die großen Probleme der Ethik, die Fragen nach dem Sinn des menschlichen Seins überhaupt neu aufgeworfen. Seelisches Unbefriedigtsein quält breite Massen kaum weniger als Leibliche Not und treibt sie, mit dieser ver-

eint, oft auf die sonderbarsten Abwege, selbst in die dunkelsten Abgründe der Mystik. Auch hier liegt eine der Wurzeln, aus denen die politische Verwirrung unserer Zeit entspringt.

Haben wir also den Massen auf der einen Seite mit den Mitteln der Vernunft zu zeigen, daß sie auf keinen anderen Wegen als den unseren, und auch auf diesen nur allmählich zur Besserung ihrer trostlosen Lage gelangen können, so müssen wir sie auf der anderen Seite auch mit dem Bewußtsein durchdringen, daß sie an sich selber und an ihren Brüdern und Schwestern in der Not eine große sittliche Mission zu erfüllen haben.

Sozialismus ist nicht nur Entwicklungsglaube, nicht nur auf die Wirtschaft angewandter Rationalismus, er ist auch sittliche Forderung an die Gesellschaft und an jeden einzelnen seiner Vertreter.

Es kann nicht unsere Sache sein, in die Niederungen der Demagogie herabzusteigen im Kampf gegen unsere Gegner, noch weniger bei der Austragung unserer eigenen inneren Meinungsverschiedenheiten! Je klarer wir uns nicht nur in unseren Anschauungen, sondern auch in unseren Methoden von jenen unterscheiden, desto besser wird es für uns sein! Möge ihr erster Parteitag die wiedervereinigte Sozialdemokratie auf der Höhe ihrer Aufgabe finden!

Dieser erste Parteitag der wiedervereinigten Partei knüpfe an an die glorreichen Ueberlieferungen der alten, einigen Sozialdemokratie! Drang nach Erkenntnis, glühender Wissensdurst gab der deutschen Arbeiterbewegung den Impuls, und die Flamme eines echten, hingebungsvollen Idealismus leuchtete ihr voran.

Zurück zu den alten Quellen! Vorwärts zu neuer Kraft!

Millerand tritt heute zurück.

Voller Sieg der Linken.

V. Sch. Paris, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Mit dem heutigen Tage hat die französische Demokratie ihren Sieg vom 11. Mai vollendet, indem sie nach einem beispiellos zähe geführten Kampf nunmehr auch den höchsten und letzten Repräsentanten des Rationalen Blocks, Millerand, beseitigt hat. Der Präsident der Republik hat in beiden Kammern die Schlacht verloren, so daß ihm tatsächlich nichts anderes übrigblieb, als zu demissionieren. Heute abend ist sein Rücktritt offiziell gemeldet worden, und die notwendige Formalität der Mitteilung der Demission im Parlament wird morgen nachmittag erfolgen.

Die von Marsal verlesene Botschaft Millerands war die herausfordernde Kundgebung eines Mannes, der nichts mehr zu verlieren hat. Demgegenüber haben die Parteien des Linksblocks die Taktik beschlossen, jede Diskussion abzulehnen und über eine von ihnen eingebrachte Resolution abzustimmen, die Regierung Marsal als verfassungswidrig, weil im Widerspruch mit dem Wahlausgang vom 11. Mai stehend, bezeichnete.

Darüber hinaus aber hatte die Linke vereinbart, nicht einmal Zwischenrufe zu machen und auf keine Provokation zu reagieren. Mit musterwürdiger Disziplin wurde diese Parole in der mehrstündigen Sitzung befolgt, obwohl der von Millerand vorgelesene Interpellationsreißer sich eine Provokation nach der anderen leistete. Das Bild änderte sich jedoch, als die Nachricht von der Niederlage Millerands vor dem Senat in der Kammer bekannt wurde. Der angekündigte Versuch des früheren Ministers Chiron, eine Debatte zu entzünden, war allerdings mit nur 10 Stimmen Mehrheit — 154 gegen 144 — abgelehnt und statt dessen die Vertagung auf morgen beschlossen worden. Damit war auch die allerletzte Hoffnung Millerands dahin: die Senatsmehrheit wollte sich nicht Millerand zuliebe auf einen Konflikt mit der Kammer einlassen. Mit stürmischem Applaus wurde das Abstimmungsergebnis von der Kammer mitten während der Rede Reibels begrüßt. Dieser wurde nervös und immer mehr herausfordernd. Die Linke verlangte aber stürmisch Schluß. Auch als Marsal noch einmal das Wort ergriff und sich dabei unglaubliche Entgleisungen leistete, z. B. als er meinte, die Linke handle auf Veranlassung einer fremden Regierung, gab es Krach. Ein Verschleppungsmondoer Marsals, der einen der ältesten Parlamentarier, namens Thomson, als Kronzeugen für Millerands Standpunkt zitierte, endete kläglich: Thomson, ein Freund Gambettas, berief sich auf dessen Beispiel, um unter tosendem Beifall der Linken sich gleichfalls gegen Millerand auszusprechen.

Natürlich standen die Kommunisten außer der Reihe und schickten einen Redner vor, der den Präsidenten der Republik persönlich angriff, obwohl dies nach der Verfassung unzulässig ist. Die Minderheit versuchte natürlich, diesen Zwischenfall auszunutzen, und Marsal warf dem Linksblok vor, er befinde sich im Schlepptau der Kommunisten.

Aber auch dieses Wandaer schlug fehl. Abends wurde von der Rechten eine namentliche Abstimmung durch einzelne Stimmenabgaben beantragt in der Hoffnung, daß zahlreiche Vertreter der Linken fehlen würden. Aber auch dieser Trick war vergebens; die Sitzung dauerte dadurch nur eine Stunde länger. Das Endergebnis war 339 gegen 214 Stimmen. Mit 115 Stimmen Mehrheit war Millerands Schicksal besiegelt, und begeistertster Beifall auf der gesamten Linken begrüßte diesen

Erfolg. Die Sieger beantragten den öffentlichen Ausschlag ihrer Resolution sowie des namentlichen Abstimmungsergebnisses. Da die Rechte nicht zu widersprechen wagte, wurde dieser Antrag einstimmig angenommen. So wird Millerands verfassungswidriger Versuch, die Willens- und Stimmgebung des französischen Volkes zu mißachten und seine Stellung als Staatsoberhaupt zu mißbrauchen, in ganz Frankreich buchstäblich an den Pranger gestellt werden.

Mit dem heutigen Tage ist das gefährlichste Hindernis für eine Versöhnungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich verschwunden, wenigstens auf französischer Seite. Möge man nun endlich in Deutschland begreifen, daß wir an dem Wendepunkt der Geschichte Europas angelangt sind und daß es gilt, um jeden Preis zu verhindern, daß auf deutscher Seite nationale oder kommunistische Treibereien neue Hindernisse aufstürmen.

Millerands Botschaft.

Paris, 10. Juni. (WTB.) Die heute nachmittag um 3 Uhr in der Kammer vom Ministerpräsidenten Francois Marsal und im Senat vom Justizminister Ratier verlesene Botschaft des Präsidenten der Republik lautet:

Als die Nationalversammlung mir die Ehre erwies, mich mit 695 Stimmen zu dem höchsten Amte zu berufen, wußte ich aus meinen öffentlichen Erklärungen, daß ich nur bereit war, ins Elisee zu gehen, um dort eine nationale Politik des sozialen Fortschritts, der Ordnung, der Arbeit und der Einigkeit zu vertreten. Die feierliche Verpflichtung, die ich vor dem Lande übernommen habe, habe ich getreulich gehalten. Frankreich düstet nach Frieden und Freiheit. Es will nach außen in eine Politik ausüben, die im Einverständnis mit seinen Alliierten Sicherheit, Reparationen, Durchführung des Versailler Vertrages und Reorganisation sämtlicher diplomatischer Akte gewährleistet, die die neue europäische Ordnung begründet haben. Diese Außenpolitik macht eine Innenpolitik notwendig, die sich von den Lehren des Krieges leiten läßt, die sich auf das Einvernehmen unter den Franzosen, auf die Achtung vor der Meinung und dem Glauben der anderen und auf das Bestreben gründet, in die sozialen Beziehungen immer mehr Gerechtigkeit und Gutes hineinzutragen, sowie auf den Willen der Aufrechterhaltung eines strengen Gleichgewichts zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben, um den Kredit Frankreichs zu wahren. Diese Idee hat mich in meinen Handlungen stets geleitet und wird mich darin weiter leiten. Durch die Bestimmung, daß der Präsident der Republik nur im Falle des Hochoverrats verantwortlich ist, hat die Verfassung im nationalen Interesse der Stabilität und Stetigkeit dafür Sorge getragen, daß die Vollmacht des Präsidenten sieben Jahre hindurch vor den Schwankungen der Politik geschützt bleibt. Wenn künftig die Willkür einer Mehrheit den Präsidenten der Republik zwingen könnte, sich aus politischen Beweggründen zurückzuziehen, so wäre der Präsident der Republik nur noch ein Spielball in den Händen der Parteien. Sie werden mir behilflich sein, eine so furchtbare Gefahr abzuwenden. Ich habe es abgelehnt, von meinem Posten zu desertieren. Es ist nicht möglich, daß das Parlament sich über die Gesetze hinwegsetzt, die beachtet werden müssen.

Gefährliche Ratgeber bemühen sich im Parteiinteresse durchzusetzen, daß die neue Legislaturperiode mit einem revolutionären Akt beginnt. Die Kammer wird ihnen die Gefolgschaft verweigern. Getreu dieser Ueberlieferung wird der Senat, wie er es in

Anzeigenpreise:
Die einseitige Doppelseite 0,70 Goldmark, Reklameseite 1.— Goldmark. „Reine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 0,50 Goldmark (außerdem zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengeld des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Vorkauf gestellt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnung von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

den ernstesten Situationen war, der Verteidiger der Verfassung bleiben. Eine konstitutionelle Frage von solcher Wichtigkeit für die Zukunft der Republik, wie es die gegenwärtige Krise aufgeworfene ist, kann nicht im Halbdunkel durch Entscheidungen einzelner Personen oder Beschlüsse geregelt werden. Ich appelliere vertrauensvoll an die Vernunft beider Häuser des Parlaments, an ihre Vorlicht, an ihre Liebe zu Frankreich und zur Republik. Aus Pflichtbewusstsein habe ich gern die Verantwortlichkeit übernommen. Für das Parlament ist nun die Stunde da, die seine zu übernehmen.

Marfal vor der Kammer.

Paris, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag nachmittag stellte sich die Regierung Marfal der Kammer mit einer kurzen Erklärung vor. Sie betonte einleitend, daß das Kabinett konstituiert sei zu dem Zweck, dem Parlament die Möglichkeit zu geben, zu der Debatte konstitutioneller Natur Stellung zu nehmen, die seit einigen Tagen im Parlament geführt werde. Das neue Ministerium habe unter diesen Umständen auf die Aufstellung eines eigenen Regierungsprogramms verzichtet. Seine Mission habe ein bestimmtes und engbegrenztes Ziel. Entweder das Parlament spreche sich dahin aus, daß die konstitutionellen Regeln unantastbar und dem Streit der Parteien entrückt sein müssen. In diesem Falle bedeute das Wortum der Führer der neuen Mehrheit, daß sie die Pflicht hätten, die Verantwortung für die künftigen Geschicke Frankreichs, die ihnen bereits angeboten worden sei, aus den Händen des Präsidenten der Republik entgegenzunehmen. Im andern Falle, d. h., wenn das Parlament die in der Botschaft des Präsidenten formulierten Prinzipien nicht billige, werde das neue Ministerium dem Präsidenten von dem Scheitern seiner Mission Mitteilung machen, und dieser werde darauf die Konsequenzen ziehen.

Nachdem Marfal die Botschaft des Elysee verlesen hatte, wurde von dem Kartell der Linken folgender gemeinsamer Antrag eingebracht:

„Die Kammer, entschlossen, in keinerlei Beziehungen zu einem Ministerium zu treten, dessen Zusammensetzung eine Negation der Rechte des Parlaments ist, lehnt die verfassungswidrige Debatte, die man ihr aufzwingen will, ab und beschließt, jede Diskussion zu vertagen bis zu dem Zeitpunkt, da sich ihr ein in Uebereinstimmung mit dem souveränen Willen des Landes konstituiertes Ministerium präsentieren wird.“

Paris, 10. Juni. (W.Z.B.) Kammer. Die Tagesordnung Herriot wird mit 329 gegen 214 Stimmen angenommen.

Paris, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Taktik der Linken hat das parlamentarische Mandat, mit dessen Hilfe Millerand seine Position retten zu können geglaubt hatte, durchkreuzt. Vom Elysee aus war bereits seit Tagen alles versucht worden, den Fall Millerand, der von Anfang an ausschließlich eine Personalfrage war, zu einer Verfassungsfrage aufzubauchen. Ganz in diesem Sinne ist auch die Botschaft des Präsidenten an die beiden Kammern gehalten. Man hatte dadurch gehofft, einige schwankende Elemente auf dem rechten Flügel der Mehrheit sowohl in der Kammer wie im Senat zum Abfall zu bringen, und dieses Mandat sollte unterstützt werden durch zwei Interpellationen, die im Senat Herr Chiron, in der Kammer, Herr Reibel, beide Mitglieder des ersten Kabinetts Poincaré, eingebracht hatten. In der Kammer hatte die Linke durch Eingabe des an anderer Stelle bereits mitgeteilten Antrags die Diskussion über diese Interpellationen verhindert, da nach der Geschäftsordnung zunächst über diesen Antrag abgestimmt werden muß. Herr Reibel hat sich zwar die ihm offengelassene Möglichkeit, zu dem Antrag der Linken zu sprechen, zunutze gemacht, aber die ganze Debatte hat damit einen völlig anderen Charakter erhalten. Nach ihm nahm nochmals der neue Ministerpräsident Marfal das Wort. Ihm folgten noch die Kommunisten durch den Abg. Jean.

In namentlicher Abstimmung wurde darauf der Verlagsantrag der Linken mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist die Ministerkrise eröffnet. François Marfal wird sofort nach Schluß der Sitzung der Kammer Herrn Millerand seine

Demission überreichen, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieser mit der Begründung, daß das Votum der Kammer in erster Linie gegen ihn selbst gerichtet sei, diese Demission ablehnen und selbst zurücktreten. Diesem Ministerium François Marfal wird damit die Aufgabe zufallen, den Kongress in Versailles, der in den nächsten Tagen, aller Voraussicht nach am Freitag, den Nachfolger Millerands zu wählen haben wird, vorzubereiten. François Marfal dürfte dann dem neugewählten Präsidenten die Demission seines Kabinetts überreichen.

Der Senat hat nach der Verlesung der Botschaft des Elysee und der Regierungserklärung mit 154 gegen 144 Stimmen die Verlegung der von dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Chéron eingebrachten Interpellation beschlossen. Dieser Beschluß bedeutet, daß der Senat das Votum der Kammer abwarten und es auf keinen Fall zu einem Gegensatz zwischen sich und der Kammer kommen lassen will.

Der weitere Verlauf der Sitzung.

Paris, 10. Juni. (W.Z.B.) Nach Verlesung der Botschaft des Präsidenten in der Kammer erklärte Kammerpräsident Painlevé:

„Ich nehme Kenntnis von dem Inhalt der Botschaft des Präsidenten der Republik, deren Wortlaut im Protokoll aufgeführt ist und deren Text in den Archiven verwahrt werden wird.“

Hierauf verliest Ministerpräsident Marfal die Regierungserklärung, die von der Rechten und von den Mittelparteien mit Beifall, von den Linksparteien mit eisigem Schweigen aufgenommen wurde. Nach Verlesung der vorliegenden Interpellation fragte der Kammerpräsident den Ministerpräsidenten, wann deren Diskussion stattfinden soll. Der Ministerpräsident erklärte, er nehme die sofortige Diskussion an. Hierauf verlas Kammerpräsident Painlevé die Resolution des Kartells der Linken.

Der Abg. Reibel bestieg die Tribüne und führt aus: Die Frage, die gestellt ist, ist die folgende: Ist der Präsident auf sieben Jahre gewählt? Wir haben die Absicht, von der Kammer die Annahme einer Tagesordnung zu verlangen, in der erklärt wird, daß sie bereit sei, die Bestimmungen des Grundgesetzes zu achten. Herriot und seine Freunde haben die Uebnahme der Regierung einzig und allein abgelehnt, um eine politische Krise und die Demission des Präsidenten der Republik herbeizuführen. In einem Kommuniqué des Elysee ist festgestellt worden, daß Millerand und Herriot über das Programm vollkommen einig waren. Herriot selbst hat diese Mitteilung bestätigt. Er erklärte nur, die Unterredung mit dem Präsidenten der Republik habe sich weniger auf ein Programm als auf gewisse Fragen von nationaler Bedeutung bezogen, bei denen es keinen Widerspruch gibt; Millerand aber habe dem Führer des Kartells der Linken volle Freiheit gegeben, das Programm des Kartells durchzuführen. Herriot habe es aber abgelehnt, ein Kabinett zu bilden, weil, wie er sagt, die Mitglieder seiner Partei ihm nicht gestatten, das Mandat aus den Händen Millerands entgegenzunehmen. Durch diese Haltung haben die Männer des Linksblocks Erregung im Lande hervorgerufen.

Ein Abgeordneter der Linken fordert nun, daß die Redezeit auf 5 Minuten beschränkt wird. Kammerpräsident Painlevé erklärt, das sei unzulässig, da der Abg. Reibel sich über den Antrag auf Verlegung auszusprechen müsse.

Der Abg. Reibel fährt fort und erklärt, im Laufe der Debatte hätten die Radikalen und Sozialisten den Präsidenten der Republik in die Debatte gezogen. Die Radikalen hätten sich von den Sozialisten und Kommunisten trennen lassen, weil sie Millerand nicht verzeihen konnten, daß er zum Siege Bolshas gegen die roten Truppen der Sowjets beigetragen habe, und daß er ein Anhänger der Ruhrbesetzung gewesen sei. Er wundert sich, daß eine große Partei, wie die radikale Partei, sich den Revolutionären auf das antikonstitutionelle Gebiet gelassen hat; sie sei der Seelengene derer, die diesen Kampf eingeleitet hätten. Diese Lage erinnere an die Zeit, in der Radikale und Sozialisten nur durch den antikerischen Kampf geeint gewesen seien. (Der kommunistische Abg. Cachin ruft: Fassen Sie sich kurz! Man muß es doch verstehen, zu verschwinden.) Der Abg. Reibel erwidert: Man muß auch zu bleiben verstehen, wenn man das Recht auf seiner Seite hat. Der Abgeordnete ergeht sich alsdann in Auslegungen der Verfassung, insbesondere des Para-

graphen, der die siebenjährige Amtszeit des Präsidenten vorschreibt. In diesem Augenblick wird durch den Linksblock die Abstimmung des Senats verkündet. Sämtliche Mitglieder nehmen diese Mitteilung mit dem Ruf auf: Es lebe der Senat! Kammerpräsident Painlevé kann nur mit Mühe dem Redner wieder Gehör verschaffen. Nach dem Abg. Reibel ergreift Ministerpräsident François Marfal das Wort.

Nach Beendigung seiner Rede stellt Ministerpräsident Marfal die Vertrauensfrage über den Verlagsantrag der Linken. Eine ganze Anzahl von Abgeordneten gibt Erklärungen über ihre Abstimmung ab. Der Verlagsantrag Herriot wird angenommen.

Aus der Mitte des Hauses verlangt man, daß der Abg. Herriot das Wort ergreift. Von der Linken schreit man Schluß der Debatte! Der Kammerpräsident erklärt, die Debatte könne nicht geschlossen werden, bevor die Rednerliste erschöpft sei. Hierauf ergreift der kommunistische Abg. Renaud Jean das Wort. Er erklärt, was man dem Präsidenten der Republik zum Vorwurf mache, seien die Handlungen, die er in der letzten Zeit begangen habe. Sie seien die logische Folge seiner politischen Entwicklung. Die Arbeiterklasse sei oft von demjenigen betrogen worden, bis sie am meisten geliebt habe. Der Redner geht alsdann des Näheren auf die politische Entwicklung Millerands ein und zitiert zahlreiche Stellen aus den Reden, die er zu einer Zeit, als er noch Sozialist war, gehalten hat. Als er von der Hinrichtung Millerands spricht, der man heute belohne, wird er vom Kammerpräsidenten zur Ordnung gerufen. Nach seiner Ansicht handele es sich heute um einen Kampf zwischen zwei Diktaturen, der Diktatur der Kapitalisten und der Diktatur der Arbeiter.

Nachdem der kommunistische Abg. Renaud Jean seine Rede beendet hat, ergreift nochmals Kolonialminister Fabry das Wort, um für den Präsidenten der Republik einzutreten. Es sei abschließend zu erklären, daß dieser große Franzose von dem kommunistischen Abgeordneten beleidigt worden sei. Es sei nötig, daß ein Protest hiergegen erhoben werde.

Hierauf erklärt Kammerpräsident Painlevé, daß das Haus über die von dem Kartell der Linken eingebrachte Tagesordnung abzustimmen habe, daß er aber von dem Abg. Reibel noch eine Tagesordnung erhalten habe mit folgendem Wortlaut: Die Kammer, die entschlossen ist, die Abstimmung der Artikel 2 und 6 der Verfassung vom 25. Februar 1875 zu respektieren, die eine der grundlegenden Garantien der Republik bilden, geht zur Tagesordnung über. Hierauf geben Vertreter der Mittelparteien und der rechtsstehenden Parteien Erklärungen ab. Der Abg. Walter gibt im Namen der esch-lothringischen Abgeordneten gleichfalls eine Erklärung ab, in der er gegen die Verlegung der Verfassung protestiert. Ministerpräsident Marfal stellt hierauf die Vertrauensfrage, indem er feststellt, daß keiner der Unterzeichner der Tagesordnung, über die abgestimmt werde, das Wort in der Debatte ergriffen habe. Hierauf wird in die Abstimmung eingetreten, die das bereits gemeldete Ergebnis hat.

Offizielle Ankündigung des Rücktritts.

Paris, 10. Juni. (Eca.) Am Ende der Kammer Sitzung begab sich Marfal mit seinem Ministerium in das Elysee. Das Elysee veröffentlicht um 8 1/2 Uhr heute abend ein offizielles Kommuniqué, in dem ausgeführt wird, daß der Ministerpräsident in Begleitung der Minister sich in das Elysee begeben habe, um dem Präsidenten Millerand über den Gang der Ereignisse in dem Parlament Bericht zu erstatten. Millerand, so heißt es weiter, dankte Marfal und seinen Mitarbeitern für die Hilfe, die sie ihm bei der Verteidigung der Verfassung geleistet hätten. Als Marfal ihm mitteilte, daß er und seine Kollegen in Anbetracht der Abstimmung der Kammer ihre Demission einzureichen gedächten, antwortete Millerand, daß er aus dem Bericht über die Haltung des Parlaments die Schlussfolgerung ziehen wolle und zurücktreten werde. Er bat infolgedessen das Kabinett Marfal, noch im Amte zu verbleiben, um seine Demissionsbotschaft morgen vor dem Parlament zur Verlesung zu bringen. Die Demissionsbotschaft wird morgen zu Beginn der Parlamentsitzung zur Verlesung gelangen.

Verbot des Deutschen Tages in Siegen. Von dem preussischen Minister des Innern ist der Deutsche Tag in Siegen, der am 14. und 15. d. M. stattfinden sollte, verboten worden.

Richard Strauß.

Zum sechzigsten Geburtstag des Meisters.

Von Kurt Singer.

Wir grüßen in Richard Strauß, dem 60jährigen, den deutschen Musiker, der wie kein anderer internationale Geltung hat, den Repräsentanten jener großen schöpferischen Linie, die mit Beethoven und Liszt begann und in ihm seine Krönung fand, den größten modernen Meister des Orchesters und seiner Farben, zugleich den Musiker, der den Geist seiner Zeit mit keinem Wert, in seinem Wert am instinktsichersten widerspiegelte. Man jubelt ihm zu, wenn er in einer Loge der römischen Oper gesehen wird, man feiert ihn in Paris, dem er ein Ballett schenkte, man preist den Dirigenten seines eigenen sinfonischen Werkes in London. Wir haben alle Ursache, diese Repräsentationskraft Strauß' zu unterstreichen; viele schöpferische Werte von solchem Format haben wir nicht. Und die Zeit wird reif, wo die große Veröhnung mit einem einzelnen Sohn des Volkes zu einer allgemeinen Veröhnung wird.

Wenn man diese schöpferische Potenz als gegeben und als wahr hin, so bleibt über das Werk von Richard Strauß heute kaum mehr, kaum anderes zu sagen, als was vor etwa 20 Jahren von ihm hätte gesagt werden können. Denn Strauß gehört zu den Musikern, die sich nicht entwickelt haben, die mit einem einzigen Wurf ihre Meisterhaftigkeit bekundeten und diese Tat dann unzählige Male variiert haben. Zugegeben: die Technik wuchs, das Kolorit wurde bewundernd, ein raffinierter Kunstverstand entdeckte immer mehr Nuancen eines heftigen, bunten, klingenden Lebens, mit souveräner Meisterschaft schrieb er Partitur auf Partitur, und jede hatte ihren Reiz. Aber „Zarathustra“ und „Don Juan“ nehmen alle spielerischen, alle musikalischen, eruptiven, freischwingenden Elemente späterer Zeit vorweg. „Domestica“ und „Alpenfönle“, die letzten sinfonischen Dichtungen, gleichen auf langer Strecke in eine Neufertigkeit des splendiden Klanges hinein, die nur noch ideales Kunsthandwerk ist. Wie er innerhalb eines einzelnen Werkes die Beethovenische Form mischete, die in großem Sinne zu einer Entwicklung von Gedanken verpflichtete, so blieb er auch starr an sein Programm gebunden, ohne das Sentiment in die Tiefe des menschlichen Daseins zu werfen. Vergleicht man Strauß mit den Sinfonikern unserer Zeit, Bruckner und Mahler, auch Brahms, so fällt dieser Mangel an Tiefgang auf. Die Oberfläche wurde unter seinen Künstlerhänden so schillernd, bunt, so reichlich schön gemacht, daß für Logik des Baues, für Bekenntnisse menschlicher Bestimmung, für Durchdringung mit Eros und Seelenmaterial nicht Raum blieb. Ein prunkvolles äußeres Gewand wurde um eine liebesarme menschliche Figur gehängt. Eine neue Klasse der Besthenden, der Schwadron wollte nichts anderes, konnte nichts anderes. Die Technik eines Jahrhunderts hatte ihren Gott gefunden.

Und nicht nur die Technik, auch der Geist, auch der Kern unserer Zeit. Beide sind Feinde der Form und des Klanges, Gegner des religiösen Selbstbewusstseins. „Salome“ und „Elektra“ — so heißen die Frauen, deren nervöse Reize den Opernmann Strauß am stärksten fesselten. Auch im Märchen von der „Frau ohne Schatten“

gleichen hysterische, verkrampte, unfreie Menschheitszüge auf. Ein Prunk, Feuer, Lebenslust, an Schönheit und charakteristischem Ausdruck sind diese Partituren nicht zu überbieten, in ihrer Konstruktion geradezu Vorbilder. In den Kern seelischen Erlebens, gesunden erotischen Empfindens, großen Liebesdaseins drang Strauß nicht vor. Auch hierin ging er mit der Zeit, nicht gegen sie; noch weniger leuchtete er ihrem Schritt voraus. In der „Ariadne“ wird endlich die langersehnte Einfachheit melodisch gestreichelt und oft erreicht. Ihre Buffpartien sind das Muskeletzte, Beste, was Strauß geschrieben. „Salome“ und „Ariadne“, Anfang und Ziel: in beide Arten von Musikdrama lassen sich alle anderen Werke stilistisch und mit allen Stimmlichkeiten einreihen. „Salome“ — die langsam verbläuhende Musik der hysterischen Reizsamkeit, die zugrunde gehen wird, je näher wir der gar nicht reizlosen Musik Bachs und Mozarts kommen; und „Ariadne“ — die Rückkehr zur reinen, in Einfachheit großen Musik.

Strauß überragt nicht nur im Handwerklichen, sondern auch an Einfühlung und Einfallsreichtum alle Nebenbuhler. So hatte er es nicht nötig, in den modernsten Schrei zu verfallen. Im Gegenteil: er suchte den Weg von der Lautheit und nervösen Erregtheit zur Stille, vom Musikdrama zum Singspiel, von der Komplexiertheit zur Klarheit und Reinheit des Gefühls. Wäre er 20 Jahre länger, so hätte noch ein Aufstieg von programmatischer Nachzeichnung den Stimmungen zu echtem, großem Gefühl erwarret werden. Aber Entwicklungsstufen der Kunst und der Lebensform lagen nicht in ihm, und Flügel des Gesanges hoben ihn nicht in andere Gefilde. So blieb er starr in sich selber. Bei der großen Zahl seiner Werke bemisst das nur, welcher Reichtum musikalischen Ausdrucksmögens ihm auf den Weg gegeben war, beweist zu gleicher Zeit, daß Richard Strauß ein zeitgebundenes Genie ist. Ein Genie immerhin. Wir ziehen vor solchen Meistern den Hut.

Wie Richard Strauß arbeitet.

Als der Komponist der „Salome“ zur Zeit der Einstudierung seiner „Josephslegende“ kurz vor Ausbruch des Weltkrieges in Paris weilte, erklärte er einem Mitarbeiter des „Journal“ gegenüber in der Stellungnahme der phantastischen Berichte der Pariser Blätter, die ihn als einen zügellosen Stürmer und Dränger geschildert hatten, mit der ihm eigenen ironischen Note: „Ich schreibe an einem Arbeitstisch, der genau so aussieht wie alle anderen Tische, entweder im Hausrod oder auch im englischen Cheviotanzug. Ich bin niemals fieberhaft erregt und trage mein Haar kurz geschoren. Meine Liebe gilt dem Sommer, dem Land und den Bergen. Ich bin ein unverbesserlicher Bergkletterer, und die Inspiration überfällt mich oft, wenn ich hoch auf dem Berges Spize sitze. Den Sommer verbringe ich in Garmisch. Ich habe da viel Grün und viel Ruhe. Die Hindendüsten mir ins Haus hinein. Im Winter arbeite ich kühl und ohne Hast, ja sogar ohne jede Erregung. Man muß ja auch Herr über sich selbst sein, wenn man das ewig bewegte Schachbrett, so da Instrumentierung heißt, in Ordnung halten will. Der Kopf, der „Tristan“ komponierte, mußte eisig wie Marmor sein. Ich arbeite langsam. Von der ersten schöpferischen Idee bis zur endgültigen Fassung vergeht immer viel Zeit. Ich meine, daß die Erfindung, wenn sie wirklich etwas Neues, Befreiendes bringen soll, Zeit braucht,

Die größte Kunst bei der Erfindung ist die Kunst des Abwartens. Nach meiner Ueberzeugung muß jedes Werk in einer anderen Sprache geschrieben werden und sein eignes für den Zweck gemachtes Kleid tragen. Man soll in der Kunst nicht vorgefaßte ästhetische Ansichten haben. In der Materie wie in der Skulptur liebe ich die Kühnen Neuerer nicht minder als die reinsten Klassiker.“

Der Reichspräsident an Richard Strauß. Der Reichspräsident hat an Richard Strauß zu seinem 60. Geburtstag folgendes Telegramm gerichtet: „Dem Künstler, der wie kein zweiter unter den Lebenden deutsche Musik in der Welt zur Geltung brachte, überlebe ich meinen Glückwunsch zum 60. Geburtstag. Unser Volk ist stolz auf seinen Sohn, der die Kunst des Meisters Liszt in seinem sinfonischen Schaffen zur Vollendung brachte, und der zugleich alle lebensstarken Ausstrahlungen seiner Zeit im kühnsten und wirkungsvollsten Licht des Theaters zu sammeln verstand. Als Meister gepriesen von den Fachwelt, bejubelt von den Hörern, ein weithin sichtbarer Beweis deutschen Musikgenies, so mögen Sie viele Jahre jung und stark im Schaffen bleiben! Reichspräsident Ebert.“

Auslandserreise von Schülern „unverzüglich“. Aus einer Mitteilung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Provinzialschulkollegien gibt der Amtliche Preussische Präsidentschreiber folgendes bekannt: Auf Grund zahlreicher Berichte der ausländischen Vertretungen Deutschlands, mehrerer Anfragen des auswärtigen Amtes und im Zusammenhang mit den von der Reichsregierung erlassenen Bestimmungen über Auslandsreisen müssen zurzeit Auslandsreisen von Schülern, soweit solche von der Schule oder einzelnen Lehrern geplant sein sollten, als unerwünscht bezeichnet werden. Es sei, so heißt es weiter, weder zu billigen, daß besonders zahlungskräftige Schülergruppen in größerer Zahl im Auslande auftreten, noch auch, daß Schüler im Auslande die Wohnortlosigkeit der deutschen Kreise oder gar der Bevölkerung in Anspruch nehmen. Beides sei im Auslande mißbilligt worden. Unter dieser Mißbilligung drohe auch in deutschfreundlichen Auslandsreisen die Bereitwilligkeit zu leiden, gesundheitlich leidende Kinder bei sich aufzunehmen. Zum Schluß seiner Ausführungen weist der Minister auf die völlig ausreichenden Bildungsmöglichkeiten hin, die Wanderungen und Reisen in Deutschland den Schülern bieten, so daß der Verzicht auf Auslandsreisen keine Beeinträchtigung der Jugendbildung bedeute.

Nachdem man früher in der Förderung von Auslandsreisen deutscher Schüler sich nicht genug tun konnte, scheint man jetzt in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen. Daß Wanderungen und Fahrten durch Deutschland der bildungsbedürftigen Jugend mannigfache Anregung und Belehrung bieten können, ist nicht zu bestreiten. Zur Ergänzung und Abrundung der Bildung und zur Erweiterung des Gesichtskreises würde aber gerade die Kenntnis des Auslandes viel beitragen. Daß deutsche Schüler im Auslande hier und da Mißbilligung erregt haben, ist bei der vielfach nationalitätlich-hausintimistischen Erziehungstendenz namentlich unter höheren Schulen leider sehr glaublich. Aber neben völlig aufgeputzten Klammern gibt es doch auch zahlreiche anständige Elemente in der deutschen Schuljugend, und man sollte diese die Verfehlungen jener nicht entgegnen lassen.

Verfassungskonflikt in Dänemark?

(Von unserem dänischen Korrespondenten.)

Kopenhagen, den 10. Juni 1924.

Die politische Lage in Dänemark hat sich zu einem Kampf der zwei Kammern des dänischen Reichstages, des Folkethings gegen das Landsting, zugespitzt. Das dänische reaktionäre Bürgertum, durch einen seit 1849 bestehenden Parlamentarismus in allen Kampfmöglichkeiten der dänischen Verfassung geküht, benutzt seit dem Amtsantritt der sozialistischen Regierung das Nebeneinander der zwei Kammern, um systematisch die neue Mehrheit des Folkethings, Sozialdemokraten und Radikale und die auf ihr basierte sozialdemokratische Regierung an ein Regieren nach ihrem Programm zu hindern. Mittel zu diesem Zweck ist die reaktionäre, aus Konserwativen und Rationalisten bestehende Mehrheit des Landstings. Diese Mehrheit entspricht nicht der Mehrheit der dänischen Wähler, wie die Folkethingswahlen vom 11. April bewiesen, sondern ist ein Ausdruck des veralteten Wahlrechts für den Landsting. Die Hälfte seiner Mitglieder werden alle vier Jahre durch indirekte Wahl aller stimmberechtigten Frauen und Männer über 35 Jahre ergänzt, so daß die augenblickliche Zusammensetzung der Wählermeinung vor vier und acht Jahren entspricht. Im Herbst ist die Wahl der Hälfte der Landstingsabgeordneten — also der vor acht Jahren gewählten — fällig.

Die Reden, die am dänischen Verfassungstag, am 5. Juni, von den Parteiführern gehalten wurden, beschäftigten sich naturgemäß mit diesem verhängnisvollen Zustand, daß die eine Kammer mit ihrer Mehrheit der bei den letzten Wahlen geschlagenen Partei eine Regierung auf Grund des letzten Wahlergebnisses völlig zu sabotieren droht.

Das war bei der Verlängerung der Mieterschutzgesetzgebung schon der Fall, indem der Landsting die von der sozialdemokratischen Regierung und der hinter ihr stehenden Folkethingsmehrheit beschlossenen Maßnahmen zugunsten der Hausagrarien einschränkte. Sabotiert wurde der von der Regierung Stauning vorgeschlagene Valuta- und Importregulierungsplan, den die Landstingsmehrheit einfach abgelehnt hat. Verfassungsmäßig hat der Landsting in solchem Falle Gegenvorschläge zu unterbreiten, aber noch nicht einmal das tat er. Während seine Konserwativen den alten Löhndücker Goldzoll hervorholten, gegen den sogar ihre eigenen Bundesgenossen, die Rationalisten, sind, begnügten sich diese und damit die Mehrheit des Landstings damit, dem Importregulierungsplan trotz der Annahme durch das Folkething die Genehmigung zu versagen. Diese Politik droht sich zu einem Verfassungskonflikt auszuwickeln, da Konservativen und Rationalisten den Landtag weiterhin als Waffe gegen die sozialdemokratischen Pläne bezüglich Steuerreform, Banken- und Aktiengesellschaftsreform, Abrüstung benutzen wollen.

Sowohl Genosse Stauning wie der Führer der Radikalen, Højle, nahmen in ihren Reden zum Verfassungstage den zugeworfenen Handschuh auf. Die Lage ist insofern besonders schwierig, weil eine Vernichtung der reaktionären Landstingsmehrheit durch die Neuwahl im Herbst, die nur die Hälfte seiner Mitglieder ergänzt, so gut wie ausgeschlossen erscheint. Die Verfassung ist unklar in der Bestimmung des gegenseitigen Machtverhältnisses von Folkething und Landsting, aber bisher war es Tradition, daß der Landsting sich ohne weiteres den Grundlinien der vom Folkething beschlossenen Gesetze angeschlossen und seine Aufgabe in der Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit und Durchführbarkeit der Gesetze sah. Dieser Zustand wurde vor allem von den Konserwativen und Rationalisten, als sie regierten, als richtig und rechtlich angesehen — jetzt, nachdem sie durch die Entscheidung der Wähler als unzulänglich der Leitung des Landes erklärt wurden, pochen sie plötzlich — wie es der nationalliberale vorherige Staatsminister Keergaard in seiner Verfassungsrede tat — auf das „Selbstbestimmungsrecht“ der würdigen

alten Herren im Landsting. So sieht das „fair play“ aus, das auch die dänische Reaktion einer Arbeiterregierung zu gewähren verspricht!

Diese Zuspitzung des innerpolitischen Kampfes in Dänemark kann auch einen überall interessierenden Beitrag zu dem Thema: Königtum und Arbeiterregierung bringen. Denn Genosse Stauning wird bei einem Andauern der Landstingobstruktion als letztes Mittel zu einer vorzeitigen, außerordentlichen Auflösung und Neuwahl des gesamten Landstings zu greifen versuchen. Eine solche ist aber ohne Zustimmung des dänischen Königs unmöglich. König Christian X. hat, seitdem der Generalstreik der dänischen Arbeiterkraft im Jahre 1920 ihn beehrte, daß in Dänemark eine Politik der Hofkamarilla auf äußerstem Widerstand stoßen würde, eine innerpolitisch durchaus neutrale und anerkennende demokratische Haltung eingenommen. Wird er diese konsequent durchführen, wenn es gilt, die demokratisch zu Recht handelnde und von ihm selbst, als im Einklang mit Buchstaben und Geist der Verfassung stehend, gerufene Arbeiterregierung von der Obstruktion der Reaktion zu erlösen?

Das sind die Fragen, die Dänemark in einen Zustand politischer Hochspannung bringen, der im Sommer oder Herbst sich in Neuwahlen, vielleicht sogar in innerpolitischen Machtkämpfen anderer Art entladen kann. Und doch wäre nichts dringender, als daß die sozialistische Regierung zu schneller durchgreifender Arbeit kommt. Die Staatskasse erweist sich, je tiefer der sozialistische Finanzminister Bramsnaes in sie hineinsieht, um so leerer, der Staatshaushalt der vorhergehenden nationalliberalen Regierung weist mehr und mehr „Bergeflüchlichkeiten“ auf der Ausgabe Seite auf, die Steuererteilung — rund 70 Proz. indirekte gegen 30 Proz. direkte Steuern, schreit zum Himmel, wichtige Gesetze warten der Erledigung. Was die sozialdemokratische Regierung bisher durchführen konnte, war meist administrativ — Streichung der Herbstmanöver, Beganabigungen, Nachlaß von Armenhilfe. Sie ist sich aber bewußt, daß nur Gesetzarbeit geleistet werden muß, um endlich freie Bahn zu schaffen. Selbst vor einem nochmaligen Appell an die Wähler beabsichtigt sie nicht zurückzusehen.

Völkische Ehrenmänner.

Dr. Grandel u. Co.

Der nationale Verteidiger — so nannte sich einer der Herren Verteidiger im Grandel-Thormann-Prozess, wohl weil er die nationalen Wähler in ihren häuslichen Zügen, mit deren Hilfe sie vor Gericht elendiglich kneifen, in allen Prozessen unterstützte — also der nationale Verteidiger hat seine nationalen Klienten in einem blumengeschmückten Auto vom Gefängnis abgeholt. Weil ein deutsches Gericht, selbst Emmingerischer Prägung, für feststehend erklärt hat, daß Dr. Grandel die Ermordung des Leiters der deutschen Wehrmacht gewünscht und auf deren Herbeiführung planmäßig hingearbeitet hat; weil ein deutsches Gericht diesen Meuchelmörder, der nur durch Zufall nicht Mörder geworden ist, als moralisch minderwertig gebrandmarkt hat, weil endlich dieser völkische Held nur dank der ihm so günstigen Auslegung des Gesetzesparagrafen straffrei ausgegangen ist, — aus allen diesen Gründen und eben aus diesen hält der nationale Verteidiger seinen nationalen Klienten in einem blumengeschmückten Auto aus dem Gefängnis. Wir wollen hoffen, daß der Sieg über die Vernunft, über die Moral, über alle menschlichen und göttlichen Gesetze, bei Sekt und Kuffern, wenn auch nicht mit Dornen, gefeiert worden ist. Und es würde uns gar nicht wunder nehmen, wenn wir erfahren, daß auch Justizrat Cioch, den Dr. Grandel noch kurz vor dem Titeltatlage besucht und zu dem auch die Frau Dr. Grandels nach dessen Verhaftung sofort den Weg gefunden hat, auch dabei gewesen ist. Ebenso wenig würde es uns wundern, wenn auch die Herren v. Lettenborn, Rüpke und selbst Gilbert, der ja zweifellos nicht nur Herz und Wohnung mit Herrn Lettenborn teilt, sondern auch seine Informationen aus dem Reichskommissariat für öffentliche Sicherheit, zu dem Jubelgelage geladen gewesen wären. Denn gut national, antisemitisch, antimokratisch sind sie ja alle mitamt — und v. Seckl war ja für sie alle in gewissem Sinne ein Schädling. Weshalb denn nicht bei Sekt die Verdahnung feiern, nachdem der Nordplan gegen v. Seckl so zur Zufriedenheit aller verlaufen ist!

Ja, eine feine Gesellschaft! Das ist doch ganz etwas anderes, als so ein simpler Proletarier. Bei dem gab es keine Kinderstube, keine Kommissen, keine Schmissen, keine Offiziersgähe — allerdings auch keinen Meuchelmord, keine Judasküsse, keine dreißig Silberlinge, für die man seine politischen Gesinnungsgenossen dem Scharfrichter ausliefert. Dafür sind es ja auch nicht Ehrhardt und Hochbühl, Kulturpolitische Vaterlandstreiter, wie das heimliche Finanzgenie Dr. Grandel, nicht geldgieriger Krieger, wie die Scheinmännchen und der Major Gilbert (nach der Sachverständigen-Terminologie Dr. Grandels, der auch die Verantwortung für diesen Ausspruch trägt), nicht Geschäftsreisende in nationalen Angelegenheiten wie Thormann, und auch nicht Sekretäre der Deutschnationalen Freiheitspartei, wie der aus Anlaß des Parchimer Nordprozesses verhaftet gewesene Herr v. Lettenborn.

Blumen, Champagner, Kuffern — alles nichts. Wenn doch endlich einmal ein genialer Haunke käme, der einen speziellen Orden, auch einen „Pour le merite“, für Meuchelmörder entwürfe. Trotz juristischer Freisprechung hätten dann Dr. Grandel und Thormann, auch nach Befundung des Gerichtes über ihre moralische minderwertigkeit, zweifelsohne einen Anspruch auf diesen Orden. Und ihre üblichen Freunde würden sie ihnen auch gern gönnen. Eines wäre aber dabei zu bedenken: Lettenborn und Rüpke würden vor Reid vergehen. Doch kommt Zeit, kommt Rat. — Sie könnten sich ihn ja auch noch verdienen.

Vergeudete Summen.

Die Verschwendung der Besatzungstruppen.

Ein erschütterndes Bild der finanziellen Kriegsvergeudung bietet die soeben erschienene vierte Denkschrift über die Besatzungskosten, herausgegeben von dem Reichsminister für die besetzten Gebiete. Demnach stehen zurzeit im aisebesehten Gebiet, in Düsseldorf-Duisburg und an der Ruhr etwa 200 000 Mann fremde Soldaten, für deren gesamte Bedürfnisse das Reich aufkommen muß. Seit dem Ende des Waffenstillstandes sind an unproduktiven Ausgaben für die Besatzungsarmee 5 145 199 025 Goldmark, also weit über 5 Milliarden aufgewendet worden. Hinzutreten die in den französischen Haushaltsplänen zu Lasten Deutschlands ausgeworfenen Mittel für den Unterhalt der Besatzungsarmee und die Ausgaben einschließlich der Ruhraktion, so daß Deutschland nach vorsichtiger Schätzung etwa noch weitere 200 bis 300 Millionen Goldmark für die Besatzung wird vergüten müssen.

Die Verwendung dieser Summen ist sehr vielseitig. Sie erstreckt sich nicht nur auf die Unterhaltungskosten der Besatzungstruppen, Verpflegung, Requisitionskosten und Beschlagnahmungen,

sondern auch auf Grundstücke, Neubauten und Umbauten, Beschaffung und Unterhaltung von Einrichtungsgegenständen und vieles andere. Die Rheinlandkommission in Koblenz, die im Artikel 2 des Rheinlandabkommens mit nur 4 Mitgliedern genannt wird, hat sich zu einem sehr bedeutenden Apparat ausgewachsen. Allein ihre französische Abteilung hat 21 Unterabteilungen, von denen wegen ihres offenbar politischen Einschlags folgende besonders zu erwähnen sind: Spezialabteilung für öffentlichen Unterricht (Rechtsschulen, Wissenschaft und Handel), technischer Unterricht, Studium der deutschen Verhältnisse, Arbeiterkolonien usw. Das Gesamtpersonal der Rheinlandkommission besteht aus über 1300 Köpfen. Allein im Jahre 1923 betrug die Gesamtkosten für diese Behörde 21,5 Goldmark. Sehr bedeutend sind auch die Ausgaben für Offizierskasinos, Soldatenheime und Damenheime. Die letzteren sind für die weiblichen fremdbürtigen Angehörigen der Besatzungsbehörde bestimmt. Um nur auf eines der Kasinos, noch nicht einmal das teuerste, näher einzugehen, greifen wir das französische Offizierskasino in Wiesbaden heraus. Für die Vierung von Küchengeräten, Silber, Porzellan, Geschirr, Ergänzung der elektrischen Lichtanlagen wurden im Kalenderjahr 1923 rund 1 287 417 Goldmark ausgegeben. Auffallend groß sind auch die Aufwendungen für landwirtschaftliche Betriebe, die die Besatzung für landwirtschaftlichen Unterricht und landwirtschaftliche Versuche glaubt in Anspruch nehmen zu können. Eine Reihe von Domänen und privaten Höfen wurden zu diesem Zwecke beschlagnahmt. Hinzutreten die Beschlagnahmungen wertvollen Landes für Schießplätze, Übungsplätze, Exerzierplätze, Reitplätze, Schießstände. Allein die von der Besatzungstruppe beschlagnahmten Neuanlagen — also außer den früheren deutschen Truppenplätzen — umfaßten Ende 1922 rund 4000 Hektar. Bemerkenswert ist, daß im französischen Haushalt zu Lasten Deutschlands auch die Summen erscheinen, die die Besatzungstruppen für Suppenküchen ausgegeben hat. Diese sind von deutschen Armen sehr heftig benutzt worden; jedoch dürften die wenigsten wissen, daß diese französischen Spenden dem deutschen Reich in Rechnung gestellt werden. Außerordentlich groß ist die Belastung der Städte durch die Beschlagnahmung von Wohnungen, Geschäftsräumen und Schulen. Allein im preussischen Sanktions- und besetzten Ruhrgebiet sind 50 000 Schulkinder von den Beschlagnahmungen betroffen. In Mainz sind 2366 Wohnungen mit 13 055 Räumen beschlagnahmt. Außerdem erstrecken sich dort die Beschlagnahmungen noch auf 1353 Teilwohnungen mit 2679 Räumen. Mehrfach liegen die Verhältnisse in zahlreichen anderen Städten.

Beträchtlich sind auch die Ausgaben für die Interalliierte Kommission. So betrug die Kosten für die Ueberwachungsausschüsse bisher 36 122 820 Goldmark, für die Reparationskommission 47 867 205 Goldmark, für die Restitutionsstellen, die für Rücklieferung des von Deutschland während des Krieges weggeführten Geldes und Materials zu sorgen haben, insgesamt 17,2 Goldmark. Besatzungskosten und Kosten für die Kommissionen zusammen belaufen sich auf 5 254 229 050 Goldmark. Zum Vergleich sei folgende Zahl genannt: In den letzten vier Jahren vor dem Kriege gab Deutschland für Heer, Flotte und Reichsmilitärgericht jährlich im Durchschnitt etwa 1 Goldmark aus. Die Besatzungskosten am Rhein verhängen also noch mehr als der deutsche Vorkriegsmilitarismus.

Die Politik aller vernünftigen Menschen in Europa muß darauf gerichtet sein, diese Ausgaben in Fortfall zu bringen und die Summen der Wiedergutmachung und dem Wiederaufbau zuzuführen.

Erneuerung der Ricumverträge.

Von unterrichteter Seite wird über die augenblicklich stattfindenden Verhandlungen betr. die Erneuerung der Ricumverträge im Bergbau und in der Eisenindustrie u. a. mitgeteilt:

Das bisherige Ricumabkommen für den Bergbau sieht vor, daß von der Kohlenförderung des Ruhrbergbaus 27 Proz. unentgeltlich zu Lasten des Ruhrbergbaus an die Entente abgegeben werden müssen. Dazu kommt der Zehnjahresverbrauch einschließlich Deputatskosten mit 12 Proz. der Förderung, das sind 39 Proz. der Gesamtförderung, für die der Ruhrbergbau seinen Erlös erzielt. Die Folge ist, daß der Gesamttruhbergbau seit Öffnung der Betriebe nach Abschluß des positiven Überstandes eine Schuldenlast kontrahiert hat, die zwischen 250 bis 300 Millionen Goldmark liegen dürfte. Die notwendigen Kredite sind aber nur unter den drückendsten Bedingungen zu erlangen. Von einer Profitrate kann im Ruhrbergbau daher kaum mehr gesprochen werden. Würde die Abgabemöglichkeit der Ruhrkohle nicht durch das Ricumabkommen erschwert worden sein, so wäre eine erhebliche Umstellung der Bergwirtschaft in produktivem Sinne möglich gewesen. Gegenüber der Tagesförderung im Durchschnitt des Jahres 1922 mit 320 000 Tonnen hätte man ohne die Ricumlast mit einer 10 bis 15prozentigen Fördersteigerung rechnen können. Das Ricumabkommen aber zwang dazu, alle Flüze und alle Betriebspunkte mit zu teuren Besatzungskosten stillzulegen, sonst würde die gemachten Zubußen noch ungleich größer, ganz abgesehen davon, daß die erhöhte Förderung zu dem durch die Ricumlasten hinaufgetriebenen Preis weder auf deutschen noch auf fremden Märkten abgesetzt werden konnte. Tatsächlich stehen der durchschnittlichen Tagesförderung von 320 000 Tonnen im Jahre 1922 nach Öffnung der Betriebe unter dem Ricumabkommen folgende Tagesförderungsfiguren gegenüber: Dezember 1923: 186 000 Tonnen, Januar 1924: 240 000 Tonnen, Februar 1924: 291 000 Tonnen, März 1924: 309 000 Tonnen. Die Förderung blieb also um mehr als 10 000 Tonnen täglich hinter dem Tagesdurchschnitt von 1922 zurück, während sie ohne die Ricumlast zwischen 360 bis 380 000 Tonnen liegen müßte. Das Ricumabkommen vermindert also die betriebstechnisch mögliche Kohlenförderung ganz zwangsläufig um täglich mehr als 50 000 Tonnen.

Das Jubalandabkommen.

London, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In London ist durch die britischen und italienischen Sachverständigen ein Uebereinkommen über die sogenannte Jubalandfrage zustande gekommen, das in der kürzesten Zeit von den beiden Regierungen ratifiziert werden wird. Durch den Vertrag tritt Großbritannien einen Teil von Britisch-Somaliland an das italienische Somaliland ab. Die Bedeutung dieses Uebereinkommens liegt darin, daß, wie die „Times“ sagen, nunmehr zwischen Italien und England nicht die geringste Streitfrage mehr besteht. Die Abtretung des Jubalandes durch Großbritannien ist ein weiteres Zeichen der immer stärkeren italienisch-englischen Annäherung.

Die Italiener auf Rhodos.

Rom, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Landung von 2000 italienischen Truppen mit Maschinengewehren auf der Insel Rhodos hat den Zweck, die dortige italienische Garnison dauernd zu verstärken. In römischen Regierungskreisen herrscht die Auffassung, daß nunmehr mit Kraft die italienischen Interessen in Kleinasien gefördert und ausgebaut werden müssen. Die italienische Expansionspolitik in Kleinasien findet die Unterstützung Englands.

Das kurzfristige Gabelberger und die Reichsbahn. Durch Erlaß der deutschen Reichsbahn vom 12. April d. J. wurde das kurzfristige Gabelberger für den gesamten Bereich der deutschen Reichsbahn zum Einheitsfahrplan. Dies wurde zum Gegenstand einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag gemacht und es wurde darauf hingewiesen, daß durch diesen Erlaß das in Preußen vorherrschende System Stöße-Schren zum Schaden einer wirksamen Förderung der Kurzfahrt beschleunigt werde. Nach der letzten Fällung der beiden größten Kurzfahrtlinien seien in Preußen 1920—21 in Stöße-Schren 127 627, in Gabelberger nur 28 511 Personen unterrichtet worden. Ferner hätten sich im Laufe der Zeit alle preussischen Eisenbahndirektionen bis auf drei für Stöße-Schren entschieden, und außerdem habe das Kultusministerium am 29. Dezember 1920 auf Stöße-Schren empfehlend für den wahlfreien Unterricht an mittleren und höheren Schulen hingewiesen. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es hiernach bereit sei, auf die Verwaltung der deutschen Reichsbahn hinzuwirken, den erwähnten Erlaß dahin abzuändern, daß für den Bereich der Reichsbahnen in Preußen Stöße-Schren als Einheitsfahrplan bis zur Einführung einer etwa noch kommenden Einheitskurzfahrt bestimmt werde.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, führt der Kultusminister in seiner Antwort aus, er sei an die Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahn mit der Bitte herangetreten, die Ausführung des Erlasses vom 12. April vorerst auszusagen, um nicht das Zustandekommen einer Einheitskurzfahrt zu gefährden. Ueber das Ergebnis dieses Schrittes behält sich der Minister weitere Mittelungen vor.

Hofen unter Streifband. Die indische Wochenchrift „The Rajistan“ erzählt folgende lustige Geschichte: Eine Frau landete ihrem Sohne ein paar Hofen unter Streifband, was natürlich bedeutend billiger ist als ein Postpaket. Sie bekam sie zurück mit der Bemerkung des Postamts: Kleider können nicht unter Streifband gefandt werden. Wenn Sie in den Postvorschriften nachlesen, werden Sie finden, was unter Streifband gefandt werden kann.“ Nach einigen Tagen antwortete die Frau: „Ich habe die Postvorschriften eingesehen und finde, daß Sendungen, die auf beiden Seiten offen sind, unter Streifband gehen. Und wenn Hofen nicht an beiden Enden offen sind, dann möchte ich gerne wissen, was eigentlich auf beiden Enden offen ist.“

Eine neue Oper von Strauß. Richard Strauß hat seine neueste Oper „Intermezzo“, eine bürgerliche Komödie, deren Text ebenfalls von ihm stammt, der Dresdener Staatsoper zur Aufführung überlassen. Diese ist für den 30. Oktober unter Leitung von Generalmusikdirektor Fritz Busch in Aussicht genommen.

Operette in der Oper am Königsplatz. Auf diesem Platz wird unter den gleichen Bedingungen wie für die Opervorstellungen ein tägliches Abonnement ab 30. Juni ausgesetzt werden. Die Preise werden niedriger als diejenigen der Opervorstellungen sein. Kritische auf Ueberholung von Abonnementplätzen können bis zum 30. Juni an die Generalverwaltung der Staatsoper, Postothentstraße 3, gerichtet werden. Auch wird belehrt im Zimmer 48 mündlich Auskunft erteilt.

Ein Freilichttheater in Haldensee Regie. Das bekannte Opern- und Freilichttheater in Haldensee Regie. Das bekannte Opern- und Freilichttheater in Haldensee Regie. Das bekannte Opern- und Freilichttheater in Haldensee Regie.

Gewerkschaftsbewegung

Wie Kommunisten Streiks führen.

Zum Ausstand in Oberschlesien.

Ostschl., 10. Juni. (Mit.) Der Ausstand in Westschlesien ist erloschen. Seit heute früh ist die Arbeit in den Gruben allgemein wieder aufgenommen worden. In der Eisenindustrie arbeiten die kalten Betriebe voll, die warmen Betriebe, bei denen gewisse Vorarbeiten erledigt werden müssen, haben mit diesen heute begonnen und kommen im Laufe der Woche voll in Arbeit. Der Ausstand hat in den Gruben fünf Wochen, in der Eisenindustrie drei bis vier Wochen gedauert. Er wurde von den kommunistisch geführten Betriebsräten eingeleitet und geführt, im Kampfe gegen das Arbeitszeitabkommen, das in der bisher gültigen Form durch Schiedsprüche, die vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt wurden, verlängert worden war. Der Kampf hat der Arbeiterschaft nicht das geringste Ergebnis eingetragen. Sie mußte den Ausstand abbrechen, da Streikunterstützungen von den Kommunisten nicht gezahlt werden konnten und die Arbeitgeber jede Verhandlung ablehnten, bevor nicht dem durch die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche geschaffenen gesetzmäßigen Zustand durch Wiederaufnahme der Arbeit Rechnung getragen war.

Der Streik in Oberschlesien wurde seinerzeit kurz vor den Reichstagswahlen von den Kommunisten zu Wahlzwecken inszeniert, genau wie die Kommunisten in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet versuchten, einen Generalkstreik ins Werk zu setzen. Die Kommunisten machten sich die Sache sehr leicht. Sie stellten recht radikale Forderungen auf, die durchzusetzen sie den Arbeitern versprachen. Die Warnungen der erfahrenen Gewerkschaftler wurden nach bekanntem Muster als „Verrat“ bezeichnet. Mit solchen Mitteln gingen die Kommunisten auf Stimmensfang aus.

Es muß festgestellt werden, daß sie in diesem Punkte in den Bergbauerevieren einen gewiß nur vorübergehenden, aber nichtsdestoweniger starken Erfolg gehabt haben. Die Stimmen der Kommunisten nahmen auf Kosten der Sozialdemokratie bedeutend zu. Wo diese erschwundenen Stimmen bei den nächsten Wahlen bleiben werden, darüber kann heute schon kein Zweifel bestehen.

Während aber die Ruhrbergarbeiter und die Bergarbeiter Mitteldeutschlands bei den Wahlen ihrer berechtigten Erbitterung dadurch Ausdruck gaben, daß sie in großer Zahl für die Kommunisten stimmten, waren sie doch durch die Erfahrung gewarnt genug, den kommunistischen Generalkstreikparolen keine Folge zu leisten. Gewerkschaftlich trauten sie den Kommunisten nicht die Fähigkeit zu, einen großen Kampf erfolgreich führen zu können. Das haben nicht allein die mitteldeutschen Bergarbeiter bewiesen, indem sie sich allen kommunistischen Generalkstreikparolen gegenüber taub verhielten, besonders stark trat dies während des großen Kampfes der Ruhrbergarbeiter in Erscheinung. Alle Anstrengungen der Kommunisten, die im Ruhrgebiet soeben einen großen Wahlerfolg errungen hatten, die Führung des Kampfes in ihre Hände zu bekommen, fielen platt zu Boden. So konnte die Ausperlung mit einem nicht zu unterschätzenden materiellen Teilerfolg, der moralisch noch höher zu bewerten ist, beendet werden.

Anders in Oberschlesien, wo es der Arbeiterschaft leider noch an der notwendigen gewerkschaftlichen Erfahrung fehlt. Die gutgläubigen ober-schlesischen Arbeiter fielen auf die kommunistischen Parolen herein. Die Gewerkschaften wurden einfach beiseite geschoben, und die von Moskau ausgeschalteten Agitatoren hatten freies Feld. Die getäuschten Arbeiter haben einen heroischen Kampf geführt. Bei jedem Kampfe hängt der Erfolg jedoch wesentlich von dem taktischen Geschick der Führung ab. Radauparolen helfen da gar nichts. Die ober-schlesischen Arbeiter müssen diese Erkenntnis jetzt leider mit einer schweren Niederlage bezahlen. Es wird Sache der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit sein, dafür zu sorgen, daß die ober-schlesischen Arbeiter aus dieser Niederlage die Konsequenzen ziehen und daß diese Niederlage nicht ein dauernder Triumph der Schwerindustrie wird.

Aber auch anderwärts muß über die gefährliche Unfähigkeit der kommunistischen Maulhelden Aufklärung verbreitet werden. Wo immer es den Kommunisten gelungen ist, die Arbeiter vor ihren Wagen zu spannen, haben es diese mit einer schweren Niederlage büßen müssen. Dagegen ist es den Gewerkschaften unter den widrigsten Umständen gelungen, auch gegen ein übermächtiges Scharfmachtum einen einmal unternommenen Kampf ehrenvoll zu Ende zu führen. Wir stellen zum Beweis nur gegenüber auf der einen Seite den von den Kommunisten geführten Kampf der Ludwigshafener Anilinarbeiter und den Streik in Oberschlesien, auf der anderen Seite den von den Gewerkschaften geführten Kampf auf den Seeschiffswerften und im Ruhrbergbau.

Bei solchen Kämpfen genügt es nicht, in den Versammlungen die große Klappe zu haben. Die Fähigkeit der Führung erweist sich am Verhandlungstisch, wenn mit den Argumenten und Zahlen der Unternehmer gerungen werden muß. Solche Kämpfe müssen im rechten Augenblick, mit dem die moralischen Gesichtspunkte abschöpfenden Gesicht geführt und auch im rechten Augenblick beendet werden. Dazu gehört aber ein großes Maß von Erfahrung und Kenntnisse, das durch radikal klingende Reden nicht ersetzt werden kann. Dazu ist aber auch notwendig, daß die Arbeiterschaft reflexlos gewerkschaftlich organisiert ist, den radikalen Versammlungsrednern gegenüber sich mit Mißtrauen wappnet und unbücherrig gegenüber alle Parolen die gewerkschaftliche Disziplin wahr. Das gilt nicht allein gegenüber den Moskauer Demagogen, das gilt auch gegenüber den Unternehmern.

Wie soll der Arbeiter seine Freizeit nutzen?

Die Nutzung der Freizeit der Arbeiter wird eine der Angelegenheiten sein, die auf der bevorstehenden sechsten Internationalen Arbeitskonferenz zur Verhandlung kommen.

Es ist nicht etwa beabsichtigt, heißt es in den Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamts, den Arbeitern Vorschriften zu erteilen, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen wollen. Aber es ist doch begrüßenswert, daß sich Sozialpolitiker aus aller Welt mit dieser Frage befaßen. Es gilt zum Beispiel, den Arbeitern den Genuß ihrer Freizeit zu sichern, indem Nebenbeschäftigung gegen Lohn vermieden wird. Um Gelegenheit zu sinnvoller Nutzung der Ruhestunden zu geben, muß auch eine Einteilung des Arbeitstages gewährleistet sein, die verhindert, daß die Arbeitszeit durch eingeschaltete Unterbrechungen sich auf einen zu langen Zeitraum erstreckt und damit die ununterbrochene Ruhe ungebührlich verkürzt wird. Ebenso hängt die Möglichkeit vernünftiger Verwendung der freien Zeit enge mit den Wohnverhältnissen der Arbeiter zusammen. Wenn das Wohnen in nicht dicht bebauten Vororten der Städte gefördert wird, so wird damit zugleich mehr Gelegenheit gegeben, die Freizeit zu arbeiten in Haus und Garten und zu Bewegung in frischer Luft zu nutzen, andererseits wird die Gelegenheit zum Betriebsbesuch vermindert, selbst wenn die Regelung dazu bestimmt.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß eine Verlängerung der Ruhestunden keineswegs zu vermehrtem Betriebsbesuch führt. Im Gegenteil, es ist nachgewiesen worden, daß dort, wo der Arbeitstag verkürzt wurde, die Fälle von Trunkenheit abgenommen haben. Uebermäßiges Trinken ist häufig die Folge von Uebermüdung, denn der von der anhaltenden Anstrengung an langen Arbeitstagen ermüdete Arbeiter gerät in Gefahr, beim Verlassen der Arbeitsstätte im Betriebshaus Aufbruch und Erholung zu suchen. In Frankreich wurde zum Beispiel festgestellt, daß die durch die Herabsetzung der Arbeitszeit von den Arbeitern gewonnenen Stunden nicht dem Trunk gewidmet werden. Diesbezügliche Erklärungen des französischen Arbeitsministers stützen sich auf eine Erhebung über den Alkoholismus unter der arbeitenden Bevölkerung. Aus den gesammelten Unterlagen und aus den Erklärungen der Vertreter von Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, von Sekretären von gewerblichen Schiedsgerichten und Vertretern anderer Institute geht deutlich hervor, daß die neue Regelung nicht nur keinerlei Vermehrung der Trunksucht hervorgerufen hat, sondern daß sie im Gegenteil eine der wichtigsten Ursachen für den durch die Statistik bezeugten deutschen Rückgang der Trunksucht gewesen ist.

Seit 1919 wurden in verschiedenen Staaten die Einrichtungen zur Nutzung der Freizeit ausgebaut. Sowohl Behörden wie private Vereinigungen als auch Unternehmer und Arbeiter selbst haben manches in dieser Beziehung geleistet. Das Internationale Arbeitsamt sammelt die gewonnenen Erfahrungen und schafft damit die nötigen Unterlagen für die Verhandlungen der Konferenz.

Aus dem Versicherungsgewerbe.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Am 28. Mai war von dem tarifvertragslichen Reichsschiedsgericht ein Schiedspruch gefällt worden, durch den die bisherigen Gehälter der Versicherungsangestellten für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1924 um 15 Proz. erhöht wurden. Dieser Schiedspruch ist von unserem Verband und den anderen am Reichstarifvertrag beteiligten Angestelltenverbänden angenommen, vom Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen jedoch mit der Begründung, daß das Versicherungsgewerbe diese Mehrbelastung nicht tragen könne, abgelehnt worden. In Wirklichkeit dürfte es wenige Gewerbe geben, die eine gleich günstige Konjunktur aufweisen können wie zurzeit das Versicherungsgewerbe. Wir haben nunmehr die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Sollte diesem Antrag nicht stattgegeben werden, so stehen im Versicherungsgewerbe ernste Kämpfe bevor.

Ein Streik in der Luft spielt sich gegenwärtig in Portugal ab. In Lissabon streiken die Militärlieger. Aus ihren Flugzeugen werfen sie Flugblätter ab, in denen sie die Gründe, derentwegen sie streiken, auseinandersetzen. Die Flieger haben ihr Lager mit Maschinengewehren umgeben. Die Regierung hat beschossen, drei Infanterieregimenter und ein Kavallerieregiment gegen die Streikenden aufzubieten. Das heißt mit Kanonen nach Flugblättern schießen. Eine anständige Behandlung der Militärlieger würde zweifellos von besserer Wirkung sein.

Die Frankfurter Schwertransportarbeiter haben gestern früh die Arbeit niedergelegt.

Wäutung, Betrieb Dalmier, Marzahn! Donnerstag noch Arbeitslosigkeit treffen sich alle Parteigruppen bei Wäugrube am Bahnhof. Der Fraktionsoverstand.

Deutsche Kriegsopfer-Tagung.

Vom 6. bis 10. Juni fand in Dresden der 3. Bundestag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer, Kriegerhinterbliebenen (Sitz Berlin) statt. Es waren rund 400 Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen.

Zu Vorsitzenden des Bundestages mit gleichen Rechten wurden gewählt Reichstagsabg. Rohmann, Bundesvorsitzender Maroke und der Vorsitzende der Dresdener Ortsgruppe Max Richter. Am Sonnabend gab es einen Zwischenfall. Der Vertreter der „Roten Fahne“ wurde wegen seiner Schreibweise, deren Tendenzen gleich der kommunistischen Zerstörungsarbeit in den Gewerkschaften auf eine Unterminierung der Einheitsfront der Kriegsopfer hinausläuft, von der Berichterstattung ausgeschlossen.

Dann erstattete der Bundesvorsitzende Maroke den Geschäftsbericht.

Der Berichterstatter beleuchtete zunächst die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich aus den Zeiten der Markentwertung für die Organisation ergeben haben und die nur durch weitgehende Organisations-einsparungen und unter erheblichen materiellen Opfern der an der Spitze der Bewegung stehenden Persönlichkeiten zu überwinden waren. In der schlimmsten Zeit mußte sogar das Erscheinen der Bundeszeitung eingestellt werden. Gegenwärtig befindet sich die Organisation aber überall wieder im Aufbau. Die Zahl der Mitglieder und Ortsgruppen ist im ständigen Wachsen begriffen. Die Inflation wurde mit einem Mitgliederbestand von

rund 400 000 von der Organisation überwunden. Die Bundeszeitung erscheint wieder.

Die seit der Würzburger Tagung von der Bundeszentrale geleiteten Einigungsverhandlungen mit den verwandten Organisationen sind gescheitert — durch die Schuld der anderen Seite, der vor allem der ehrliche Wille zur Verständigung fehlte. Der Reichsbund hält nach wie vor an dem Grundsatz der parteipolitischen und religiösen Neutralität fest. Selbst die Sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft, zu der man sich mit den anderen Organisationen vorübergehend zusammengeschlossen hatte, hat wegen der dabei gemachten Erfahrungen wieder aufgegeben werden müssen. Mit den Bruderorganisationen in Oesterreich, Ungarn, England, Italien und der Tschechoslowakei werden freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Auch mit der französischen Bruderorganisation ist neuerdings die Fühlungnahme aufgenommen worden. Man hofft auch hier bald zu einem innigeren Einvernehmen zu kommen. Der Redner schloß mit der Feststellung, daß der Reichsbund trotz aller Stürme in seinen Grundfesten unerschütterlich feststeht.

Im Anschluß daran erstattete der Vorsitzende der Sozialpolitischen Abteilung, Kamerad Pfändner-Berlin, den Rechenschaftsbericht über die

Verforgung und Fürsorge für die Kriegsopfer.

Er betonte, daß der Umfang, Art und Maß der Kriegsopferfürsorge nicht nur bestimmt werden von der allgemeinen Sozialpolitik. Die Verpflichtungen, die im Wahlkampf von allen Seiten den Kriegsopfern gemacht worden seien, würden nichts als eitel Illusionen sein, wenn nicht die Befehlgebung ihre Konsequenzen daraus zieht. Im Rahmen der heutigen Wirtschaft und Finanzkraft unseres Staates müsse die Steuergesetzgebung die Leistungsfähigkeit zu den allergrößten Opfern heranziehen. Vorteilhaft für die Kriegsopfer wäre es selbstverständlich auch, wenn sie anstatt durch sieben durch weniger, aber dafür stärkere Organisationen vertreten würden. Im Vorbergrund der Fürsorgefähigkeit des Reichsbundes siehe das Rentenrecht. Bei der Aufstellung des Bedürftigkeitsprinzips seien die Vorschläge der Organisation unbeachtet geblieben. Abgelehnt werden müsse die Bevorzugung der Bedürftigen auf Kosten der übrigen Kriegsopfer. Ohne eine ausreichende Kriegsopferfürsorge sei ein Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht denkbar. Unbedingt notwendig sei die Fernhaltung der Kriegsopfer von der Armenfürsorge. Das Unrecht, das mit der Abfindungssumme an vielen Kriegsopfern begangen worden sei, müsse wiedergutmacht werden. Neuerdings plane man sogar die Befreiung des Reichsversorgungsgesetzes. Die entsprechenden Gegenmaßnahmen seien im Einvernehmen mit dem LDB angeleitet worden.

Der dritte Verhandlungstag wurde mit einem Referat des Kameraden Schönwald-Königsberg über den

gegenwärtigen Stand der Verforgung und Fürsorge

eingeleitet. Die bestehende Befehlgebung sei infolge der sprunghaften Entwicklung der Wirtschaft für unsere moderne Zeit als längst überholt zu bezeichnen. Die Reichsregierung müsse sich zwangsläufig der Entwicklung anpassen, weil sonst ungeheure Gefahren für das Staatswesen heraufbeschworen werden. Im ganzen Reiche erfolgten jetzt Nachuntersuchungen der Kriegsbeschädigten, obwohl bei dem größten Teil eine wesentliche Veränderung des Gesundheitszustandes überhaupt nicht in Frage komme. Selbst wenn aber bei einem kleinen Teil der Kriegsopfer die Rente um ein paar Prozente vermindert werde, würden die dadurch eingesparten Renten mehr als aufgezehrt werden durch den höheren Aufwand an Verwaltungskosten. Unbedingt reformbedürftig seien auch die Bestimmungen über die Elternrente. Unsere Befehlgebung müsse ausgebaut und vervollständigt werden im Interesse der deutschen Volkswirtschaft. Die Verforgung der Kriegsopfer dürfe nicht allein auf Geldentschädigung aufgebaut werden, vielmehr komme in erster Linie die Arbeitsfürsorge in Betracht. England kenne einen Unterschied zwischen Schwer- und Leichtbeschädigten überhaupt nicht. Dort hätten sich auch die Arbeitgeber freiwillig zur Einstellung von Kriegsbeschädigten in Höhe von 5 Proz. des Personals ihrer Betriebe bereit erklärt. Bei uns sei der Prozentfuß zwar gesetzlich geregelt, aber ein großer Teil der Arbeitgeber lauche sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Große Gefahr bestehe, daß die Bestimmung über die Arbeitspflicht von den nachgeordneten Behörden zu einem Druck (Entziehung der Zulasskarte) auf den Kriegsbeschädigten zur Arbeitsannahme benützt werde. Der Redner schloß mit der Feststellung, daß die Reichsregierung auf die Psyche der Kriegsbeschädigten zu wenig Rücksicht nehme.

Über 200 Anträge

lagen zu dem Fürsorgeproblem vor, die mit dem Geschäftsbericht und den beiden Referaten zur gemeinsamen Aussprache gestellt wurden. In dieser ergriff auch Ministerialrat Keelchen eine vom Reichsarbeitsministerium das Wort zu Ausführungen über die finanziellen Auswirkungen der Kriegsopferfürsorge. Danach erfordert die Rentenverforgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen jährlich 710 Goldmillionen, nämlich 447 für Renten und 263 für Zuschüssen. Ein Drittel des gesamten Reichsetats wird lediglich für die Kriegsopfer ausgegeben. Daraus könne man ersehen, welche Schwierigkeiten für die Regierung bei einer allgemeinen Rentenerhöhung auch von nur 10 Proz. entsteht, so klein auch für den einzelnen die Rente sein möge. Die Elternrente gehöre zu den schwierigsten Kapiteln der Befehlgebung. Bei Erlaß der Verordnung über die Fürsorgepflicht habe keine Organisation die Hand im Spiel gehabt. Sie sei eine Folge des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern. Daß der Übergang zu den neuen Bestimmungen nicht immer reibungslos vor sich gehen würde, war vorauszusetzen. Das Schwerbeschädigtengesetz verdiene den Vorzug gegenüber der Regelung in anderen Ländern. Schließlich richtete der Regierungsvorsteher noch die Abbaumassnahmen auf dem Gebiete der Kriegsopferverforgung, insbesondere auch im Spruchverfahren. An eine Aufhebung des Reichsversorgungsgesetzes würde gegenwärtig nicht gedacht.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Entenbusch; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ertzen; Redaktion: Dr. John Schilowski, Dolores und Constance; Reis: Karl Kahl; Anzeigen: H. Wiese; Druck: Friedrich in Berlin. Verlag: Bornhorts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. B., Lindenstraße 2, Bierg. 2, Berlin.

Hautjucken, Flechten, offene Füße (Krampfäden)
 auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte **San-Rat Dr. Strahl's Haussalbe**. In Original-Dosen erhält **Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74, am Dönhofpl.**
Sophien-Säle Nordend 9296
Säle frei! Sophienstr. 18

Die Qualitäts-erhaltung fordert eine kleine Preiserhöhung!
WENESTI FERVOR
 Stück 0 8

Prinz-Albrecht-Str. 5.

Aus der Geschichte des preussischen Landtages. — Vom Junterparlament zur Volksvertretung.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei beginnt heute in Berlin in den Räumen des Preussischen Abgeordnetenhauses in der Prinz-Albrecht-Straße. Der gewaltige Steinbau mit seinen vielen Sälen, seinem großen Treppenhause, der breiten, vielstrahligen Front und den überlebensgroßen Puppen auf dem Dach, von denen niemand weiß, wen sie vorstellen und was sie symbolisieren sollen, war noch 1909, in einem Jahr, in dem die Sozialdemokratie die zweitgrößte Zahl von Wählern hatte, der Sozialdemokratischen Partei und sozialistischen Abgeordneten verschlossen. Jetzt wird in diesem Haus, dessen Präsident ein Sozialdemokrat ist, unser Parteitag abgehalten. Beinahe könnte man in dieser Tatsache so etwas wie einen Akt der Ausgleichenden Gerechtigkeit erblicken.

Vom Dönhoffplatz zur Prinz-Albrecht-Straße.

Das Preussische Abgeordnetenhaus, durch lange Jahrzehnte der Typ eines Junter- und Minderparlaments, die klassische Stätte des Wahlrechts, an der die auf Grund des ständischen aller Wahlsysteme gewählten Abgeordneten saßen, hat im Jahre 1849 eine provisorische Unterkunft im alten Hardenbergischen Palais am Dönhoffplatz gefunden. Dieses Provisorium dauerte freilich sehr lange. Schließlich aber mußte man den dort herrschenden ganz unhaltbaren räumlichen Zuständen ein Ende machen. Der Sitzungsraum war eng und ohne genügende Ventilation, die einzelnen Beratungszimmer waren klein und dunkel, und für die Vertreter der Presse war eigentlich überhaupt keine Sorge getragen. Es war das bezeichnend genug für die Grafen, Barone und Agrarier, die in diesem Haus saßen. Man kümmerte sich nicht um die „Pressebenzene“, um dieses notwendige Hebel, um jene Menschen, die „den Beruf verstehen“ und so unerschrocken waren, alle faulen und feigen Machenschaften der Reaktionsräuber schonungslos aufzudeckeln. Ende der 1880er Jahre endlich wurde beschlossen, in der Prinz-Albrecht-Straße auf dem Terrain der Porzellanmanufaktur und des Herrenhauses ein neues Geschäftsgebäude für das Abgeordnetenhaus zu errichten. Mit der Erbauung wurde von der Staatsregierung der Baurat Friedrich Schütze beauftragt, der im Herbst 1898 mit dem Bau begann und ihn so förderte, daß das Haus am 16. Januar 1899 beim Zusammentritt zur 19. Legislaturperiode der Benutzung übergeben werden konnte. Wenn auch vielleicht nach vielen Richtungen zu viel Pomp und Prunk, wie ihn die Herren Bürgerlichen so liebten, entfaltet worden ist, wenn wir auch nicht verstehen können, warum der Präsident des Hauses einen großen Festsaal mit grünen Stuckmarmorpiellern und Stoffsopeten haben muß, im großen und ganzen muß gesagt werden, daß der Bau allen modernen Anforderungen Rechnung trägt, für Luft und Licht in allen Räumen und Sälen sorgt und auch auf die Bedürfnisse der Presse gebührend Rücksicht nimmt. Die „hohen Herren“ fühlen sich dann auch sehr wohl in dem neuen Haus, in dem man nicht nur wohnt und berät, sondern auch allerhand Bäder nehmen und die Haare vom Friseur kunstvoll kräuseln lassen konnte. Eine derartige Beschäftigung war übrigens manchem der damaligen Abgeordneten entschieden wichtiger als die langweiligen Sitzungen, bei denen man nicht immer unbeobachtet und ungestört schlafen konnte. Man hatte es schon im Hause, aber man wollte es immer noch schöner haben. So wurden noch hier und da Gemälde angebracht, in den Erfrischungsräumen und im großen Sitzungssaal mußten neue Fahrstühle eingebaut werden und was dergleichen lebenswichtige Dinge mehr waren. In dessen man war immer noch nicht zufrieden. Die Sessionen dehnten sich allmählich lange und bis in den Sommer hinein aus und man wünschete sich einen Garten. Vertrauensvoll wandte man sich an das Herrenhaus, das ja bekanntlich mit der Front an der Leipziger Straße an das Abgeordnetenhaus angebaut wurde, und bat, den schönen Garten der Herrenhäuser benutzen zu dürfen. Indessen man hatte sich sehr geirrt, wenn man glaubte, dieser Wunsch würde ohne weiteres in Erfüllung gehen. Die Herrenhäuser waren eben noch feinere Leute als die im Abgeordnetenhaus. Sie wollten nicht, daß so einfach die Säulen und Kränze und Mäler aus dem Abgeordnetenhaus — und freistehend waren diese Kerle außerdem

noch — in ihrem Garten promenierten. Sie lehnten also ab mit der wunderbaren Begründung: wenn der Garten des Herrenhauses auch für die Abgeordneten des Abgeordnetenhauses zur Benutzung freigegeben wird, dann muß er einen Zugang haben von der Straße, und dann könnten Hunde in den Garten laufen. Das aber wäre ein unwürdiger Zustand! Ach ja, die Herren Volksvertreter — Verzeihung für den Mißbrauch dieses Wortes — von damals verstanden es ganz ausgezeichnet, mit überaus wichtigen Beratungen die Zeit zu verdrödeln. Doch die Abgeordneten des Abgeordnetenhauses waren startklöpfig. Sie wollten einen Garten um jeden Preis, und so ließen sie sich einen Dachgarten auf dem Dach des Abgeordnetenhauses anlegen, wo sie nach der Anstrengung im Sitzungssaal Bowle und andere erfrischende Getränke zu sich nehmen konnten.

Die Abgeordneten des Dreiklassenparlaments.

Es ging überhaupt außerordentlich gemütlich zu in dem Abgeordnetenhaus von damals. Am Dönhoffplatz präsierte der alte Köllner. Er hielt vor allem darauf, daß die Sitzungen sich nicht zu lange ausdehnten. Ein Vertragungsantrag lag stets in seiner Schublade, und wenn die Uhr drei geschlagen hatte, stand er auf und verkündete würdevoll: „Es ist der Schluß der Debatte beantragt worden!“ Der Vertragungsantrag wurde immer angenommen. Wenn aber wirklich einmal ein Abgeordneter von einer sogenannten Oppositionspartei noch nach drei Uhr reden wollte, dann meinte Herr von Köllner, jovial, wie er schon war: „Herr Abgeordneter, Sie wollen doch nicht etwa noch sprechen?“ Und der Herr Abgeordnete verstand den Wink und schweigend gehorcht. Hier in dem Haus am Dönhoffplatz war es auch, wo der damalige Präsident, als der Abgeordnete von Kochow den Polizeipräsidenten von Hüntelberg im Duell erschossen hatte, die klassischen Worte sprach: „Unser edler Herr von Kochow hat heute den Berliner Polizeipräsidenten erschossen. Ich kann dem hohen Haus aber die beruhigende Mitteilung machen, daß unser guter Kochow sich bereits in England in Sicherheit befindet.“ Nach Herrn von Köllner war lange Jahre Jordan von Kröcher Präsident des Abgeordnetenhauses. Auch er war durchaus für Ruhe, er liebte aufregende Szenen nicht, wie sie damals ab und zu der polnische Abg. Koszantj aufführte, und wenn die bergisch bedeutungslosen Wellen einer Debatte auf niedrigstem Niveau gemächlich und gemütlich dahinspazierten, machte er wohl ein Nickerchen auf dem großen und breiten Präsidentensitz. Ein Unglück konnte nicht passieren, denn neben ihm saß, wartend und machend, der Herr Bureauvorsteher.

Das Preussische Abgeordnetenhaus vor dem Jahre 1908 zählte 433 Mitglieder. Die Zusammenlegung des Hauses bildete gleichzeitig die schärfste Verurteilung des Dreiklassenwahlrechts. Das Haus zählte nämlich zu Mitgliedern: 44 Verwaltungsbeamte, 48 höhere Justizbeamte, 31 sonstige Beamte, 7 Offiziere a. D., 19 Lehrer und Professoren, 20 Geistliche, 26 Rechtsanwälte, 4 Ärzte, 10 Privatbeamte, 6 Schriftsteller, 113 Großgrundbesitzer, 48 Landwirte, 10 Kaufleute, 17 Industrielle, 6 Handwerker, 29 Kenner, 5 sonstige Berufe und — 2 Arbeiter. Doch ein so zusammengesetztes Parlament kein Recht hatte, sich eine Volksvertretung zu nennen, liegt auf der Hand.

Die neue Zeit.

Aber dann begannen die erbittertesten Wahlrechtskämpfe unserer Partei. Den Herren im Preussischen Parlament wurde es unbehaglich zu Mut, als sie 1908 im Januar die großen sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen vor dem Abgeordnetenhaus sahen. Bekanntlich blieb es nicht bei den Demonstrationen. Unsere Worte wurden zu Taten. 1908 zogen die ersten sechs sozialdemokratischen Abgeordneten in das Haus in der Prinz-Albrecht-Straße. (Borgmann, Heimann, Hirsch, Reinert, Dr. Viehnecht und Ströbel.) Nun war es aus mit der behaglichen Ruhe und dem Nickerchen des Herrn von Kröcher. Jetzt kam „Leben in die Bude“. Unsere Genossen erinnerten sich alle noch der Kämpfe, die unsere ersten Abgeordneten im Preussischen Haus zu bestehen hatten, der Widerstände, die sie überwinden mußten, der großen Auftritte und turbulenten Szenen.

heute zählt das Abgeordnetenhaus 134 Sozialdemokraten, und unser Genosse Reinert, der zu den ersten sechs sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten gehörte, ist der Präsident des Abgeordnetenhauses. Unser Parteitag aber, der im Abgeordnetenhaus tagt, wird dafür Sorge tragen, daß echt demokratischer Geist und demokratische Bestimmung in Preußen immer weiter festen Fuß fassen und sein Echo im Abgeordnetenhaus finden.

Wer war der Dieb?

Als die jungen Mädchen mit den übrigen 15 glücklich das Coupe gefüllt, und sich vergewissert hatten, daß schon sechs auf einer Bank saßen, bei denen alle vorwurfsvoll Blicke zum Plagmachen fruchtlos an Zeitungen abprallten, entdeckte eines von ihnen, daß es sein Portemonnaie verloren hatte. Sein kleines braunes Portemonnaie.

Das braune Portemonnaie fand sich nicht. Das Fräulein suchte draußen, denn der Zug hielt noch. Es wollte mit dem nächsten fahren. Da rief ein mächtiger Herr in Blau: Fräulein, steigen Sie nur ein, der Dame neben mir ist auch das Portemonnaie gestohlen worden. Der Zug fuhr, das Fräulein stieg ein. Man überlegte sich, was war geschehen? Was wollte der mächtige Herr sagen? Doch wohl nichts anderes als: Sie geben sich vergebliche Mühe, mein Fräulein, Ihr braunes Portemonnaie zu suchen, Sie haben es nicht verloren, es ist Ihnen ebenso gestohlen worden, wie es der Dame neben mir. Das möchte der mächtige Herr gedacht haben und dann weiter: Da Sie Ihr Portemonnaie noch draußen fühlten, so kann es nur einer von den 15 gewesen sein, der das Gedränge des Einsteigens benutzte. Steigen Sie nur ein, mein Fräulein, so sind Sie Ihrem Portemonnaie wenigstens näher, als wenn Sie zurückbleiben, wenn es sich auch in einer anderen Tasche befindet, als in der Ihrigen. Also in der Tasche eines der 15?

Es war ein Verdacht. Nicht ausgesprochen, aber so klar auf der Hand, so einfach darauf zu kommen, nichts selbsterleuchtender. Wer mag es, daran zu zweifeln? Einer von den 15, die sich dicht gedrängt aneinander stießen — wer? Auf jedem lastete gleichmäßig ein Fünftelteil des Verdachts. Alle trugen zu gleichen Teilen daran.

Die beiden Fräulein, die sich im Beid gefunden, liebten wie junge Hühner in einer Ecke und tauschten ihre Räte, versicherten sich gegenseitig mit hundert Wiederholungen jede Sekunde des Einsteigens, wobei sich herausstellte, daß keine seltsamerweise etwas gemerkt, oder doch: „Mir war so, als ob — — —“ Alles sprach aneinander vorbei, denn sie waren so wohlgezogen, nicht auszubilden, was sie dachten, etwa: Du in dem grünen Anzug dort, ich sehe wohl, daß deine Hand etwas trampfhaft in der Tasche hält. Ich sehe wohl, daß du dich bemüht, den Blicken der anderen auszuweichen und draußen die öden Häuser anstarrst. Oder du, was zeichnet sich dort verhängnisvoll in deiner Tasche ab? Ist es nicht deutlich die Form eines länglichen Damenportemonnaies? Oder du, was scharrst du mit der nervösen Bewegung deines rechten Fußes ein etwas in den Winkel? Ein etwas, das man nicht sehen kann, aber — — —“ Es war ein so wohlgezogenes Coupé und doch hätte man sich einer auf die Wohlgezogenheit gepfiffen, wenn jemand es laut ausgedrückt hätte: Meine Herrschaften, von uns 15 ist einer der Dieb.

Der Zug rüttelte sich weiter, durchschlug ein paar Weichen und hielt. Drei stiegen aus. Es konnte einer von den dreien sein. Es konnte, aber es mußte nicht. Raffinierte Diebe werden unter so glücklichen Umständen ruhig dorthin fahren, wohin sie wollen. Der Zug fuhr weiter. Aber der Zug hielt wieder und entließ sieben. Und er hielt noch einmal. Es stiegen drei aus, so daß zwei zurückblieben, und zwar das bestohlene Fräulein Nr. 2 und der mächtige Herr in Blau. War noch ein Verdacht vorhanden? Der mächtige Herr sprach es aus: Wer war es nun? „Niemand“, versetzte das Fräulein. „Ich verdächtige niemanden, man muß das nächstemal seine Sachen besser hüten.“

„Ich empfehle mich“, sagte der Herr, denn der Zug hielt. Das Fräulein fuhr noch ein Stück weiter, sah fromm in der Ecke und als der Zug wieder hielt, stieg es aus, suchte sein angeblich verlorenes Portemonnaie hervor, entnahm ihm die Karte und dachte fröhlich: Wie gut, daß ich mich getäuscht habe.

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rahla.

„Gassen, sehr eng, sehr hoch, am Berg hinauffletternd, voll, voll von Menschen! Menschen über- und untereinander, viel, viel mehr noch als hier!“

„Und Frauen?“ rief der dicke Delhändler begeistert. Niemand hätte ihm diesen Ausdruck zugemutet, am wenigsten seine eigene Frau, die breit auf einem niedrigen Schemel saß und ihr Jüngstes an der Brust hielt.

„Frauen?“ Renzos Augen blühten, er warf Fiametta einen lachenden Blick zu, „nicht schöner als hier!“

Man rief, klatschte in die Hände. „Nicht schöner als hier, nicht schöner!“ Alle freuten sich.

„Und was ist mit dem Besuo?“ fragte Frau Bruscoli, die die Aufmerksamkeit von ihrer Tochter ablenken wollte.

„Der Besuo?“ Das Gesicht des jungen Burschen wurde ernst.

„O nein, der Besuo ist kein Aetna.“ Er hob beide Hände empor, die Flächen wie beschwörend seinen Zuhörern zugewandt. „Der Aetna, dieser Gewaltige, dieser Riesel-Schneebedeckt, hoch, breit, unerforschlich!“ Er sah sich selbst im antiken Theater zu Taormina sitzen, das Antlitz dem Aetna zugewandt, tief unten zu seinen Füßen den wundervollen Bogen des arünlauen, in weiße Girlanden und Spitzen auslaufenden Meeres.

Der Aetna, die Liebe seiner Knabenjahre! „O nein, wir haben den Aetna!“ rief er tönend, so daß es an den Wänden des Palazzos hinauffhallte, „und wir haben den Duft viel süßerer Blumen, den Duft der endlosen Orangen- und Limonenhaine, das haben wir, wir in Palermo — das Grün, die Wiesen — Sonne!“ — Als ob diese Sonne nur über Palermo scheinen könnte.

Und wiederum berauschten sich all diese Sonnenkinder am Wort.

Es war nun ausgemacht und jedermanns Entzücken, daß dennoch nichts Siziliens und Palermos Schönheit erreichen könnte.

Sie trennten sich, schüttelten einander die Hände, als nähmen sie Abschied auf lange Zeit, ja, der junge Falconi umarmte und küßte Renzo, als sei er von dieser Stunde ab auf ewig mit ihm verbunden.

Dann trat er zu seinem Esel, der die Augen in einem müßigen Halbchlaf geschlossen hatte.

Wie all die unzähligen Esel Palermos, war er köstlich aufgeschirrt. Rotes Leder, über und über mit glitzernden Münzen benäht, ein Joeh mit langen Behängen, auf denen kleine Spiegel blühten. Oben auf diesem Joeh und auf dem Kopf des Esels ein bunter, hoher Federschmuck, so wie Fiametta sie für einen der vielen Händler anfertigte.

Doch was wollte diese Pracht neben der des Karrens sagen!

Die ganze Geschichte Palermos und Siziliens und die seiner Heiligen fährt täglich, auf blaue, rote, grüne, gelbe Karren gemalt, durch die Straßen. Bunte Szenen bedecken jede größere Fläche. Selbst die Deichseln, die Räder, vorspringende Knöpfe, alles ist über und über bemalt.

Soll da ein Palermoer Esel kein stolzes Tier werden? Wer in der Welt zieht sonst diese bunten Historien! Und Esel gibt es, alt und ehrbar, dabei nicht größer als ein ansehnlicher Hund — und andere, so rund, prall und stattlich, daß ein rechter Kavaller, wie der junge Falconi, sich nicht zu scheuen braucht, ihn durch lange, volkreiche Via Maqueda zu lenken, dicht neben den eleganten Karossen der Robisi vorüber oder unter die Schatten der hohen Palmen, die das Theater umgeben.

„Haben sie dies da?“ ruft er zu Renzo zurück, der auf der Lichtante sitzt und den Ruhm einer glücklichen Heimkehr genießt.

„Nein, das haben sie nicht!“ tönt es stolz zurück, und jeder weiß, daß er Palermos bunte Eselgelpanne meint.

2.

Renzo Adriani hatte die Freude an seiner Arbeit verloren. Was er auch vollbrachte und ob der alte Gagini noch so wohlwollend knurrte, nichts gefiel ihm. Früher war seine jugendliche Eitelkeit um alles herumgetänzelt, früher hatte ihn das begeisterte Lob des ganzen Palazzos entzückt und angeheitelt — das war vorüber. Er war in Neapel gewesen. Aus den Fluten der hohen Kunst, die ihn dort emporgetragen, hatte er sich nicht so stolz und heiter gerettet, wie aus den Kapriolen des alten Seglers.

Vor allem konnte er jene Venus nicht vergessen.

Doch er sprach niemals davon. Er war von dem Gedanken an sie erfüllt wie von einer großen Liebe.

Er sah sie vor sich stehen, das hinabgleitende, im Winde gebauschte Gewand mit der linken Hand leicht zusammenfassend, den schlanken und doch vollen Körper vom Dufte des Meeres umflöt.

Die rechte Hand mußte die Brust halb bedeckt haben. Sie fehlte. Kurz über dem Ellbogen war der schön gerundete Arm abgebrochen.

Gewiß war der Arm, diese Hand, ein Meisterwerk gewesen, doch was war das gegen den fehlenden Kopf!

Der Hals zeigte eine kleine Wendung nach links — oder hatte es ihm nur so geschienen?

Wie mochte es sein, wenn dieses herrliche Geschöpf den Kopf leicht gefenkt hielt, von der eigenen Schönheit berauscht? — wie, wenn das Antlitz dem Beschauer zugewandt war, im gelassenen Bewußtsein sieghafter, ewiger Macht? — und wie, wenn es kühl und heiter zur Seite blickte?

Niemals konnte die Venus von Syrakus eine Beziehung zu irgend etwas haben, das nicht in ihr selbst ruhte.

Es war nicht auszudenken, daß seine Geliebte aus Stein auf der Fontana Pretoria in Palermo gestanden hätte, zwischen anderen Frauen- und Männergestalten, zwischen grinsenden Faunen und wasserpeinenden Tieren.

Sie konnte nur einsam sein, kühl und weich, stolz und zärtlich — doch allein.

Wenn er sie nur einmal lange und ungestört betrachten könnte, sie selbst, nicht nur ihr Abbild! Die Göttin würde ihm eingeben, wie er ihren Kopf gestalten müßte. Und wenn ihm das gelang, dieses eine, was in ihm brannte, dann öffnete sich ein Born, dann würde ein starker, klarer Duell alle Hemmungen hinwegspülen, dann durchpflügte ihn das Gefühl für wahre Kunst, wie sein warmes Blut den Körper, dann war er so tief gesegnet, daß Hand und Auge für Minderwertiges verstanden blieben. —

Niemand von seinen Genossen sah, daß Renzo etwas erfüllte, was ihn von dem täglichen Geplänkel der Liebelei und den Aufgaben des alten Bildhauers fortzog, nur Gagini selbst fühlte die Wandlung — ein Fremdsein.

Die ersten Tage nach der neapolitanischen Reise, das war nur ein Feuerwerk gewesen; jetzt, im Lichte langer Alltagswochen, sah der Meister einen grüblerischen und zugleich lehnfüßigen Zug im Gesicht des früher so übermütigen Burschen. Was in aller Welt konnte es sein?

Doch nicht Fiametta?

Die kam in Renzos eigenen kleinen Arbeitsraum wie die Schwalbe in ihr Nest. Viel zu oft kam sie. Man sollte den Renzo allein lassen mit dem, was er in aller Stille schaffen wollte. Aus und ein! Ein und aus! Ein wenig blaß, wenn sie kam, mit geröteten Wangen und blanken Augen, wenn sie ging. So war die kleine Fiametta.

(Fortsetzung folgt.)

Achtung! Elternbeiratswahlen!

Spätestens morgen, den 12. Juni cr., müssen die Wahlvorschläge beim Wahlvorstand eingereicht sein.
Kennwort: Schulaufbau!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Genossinnen!

Achtet auf die Ankündigung des Unterhaltungsabends der „Frauenwelt“!

Achtung, Eltern!

1. Kreis Prenzlauer Berg. Alle Parteigenossen sowie „Vorwärts“-Leser, deren Kinder die Gemeindefschule Sonnenburger Straße besuchen, werden ersucht, ihre Adressen umgehend an Albert Lorenz, (Steinstraße 6, Hof 2 Tr., abzugeben).
2. Kreis Kreuzberg. 44. Wkt. Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 Uhr, öffentliche Elternversammlung der 68., 50., 106., 152. Gemeindefschulen in der Schulaula Weiser Str. 17-18. Thema: „Die Elternbeiratswahlen und deren Bedeutung für die Kinder“. Referent: Lehrer Schuler. — 43. Wkt. Freitag, den 13. Juni, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Elternversammlung der 83., 144., 163., 176., 192. Gemeindefschulen und der 11. Volkshochschule in Rades Feldchen, Fichtestr. 29. Thema: „Die Elternbeiratswahlen und deren Bedeutung für die Kinder“. Referent: Lehrer Richard Schöler. — 42. Wkt. Freitag, den 13. Juni, abends 7 Uhr, öffentliche Elternversammlung der 3. Hilfs-, 102., 109., 145., 151., 219. und 232. Gemeindefschulen in der Schulaula Reichenberger, Ecke Forster Straße. Thema: „Die Elternbeiratswahlen und deren Bedeutung für die Kinder“. Referent: Lehrer Heinrich Wäde.
3. Parteigenossen, deren Kinder in der 23.24. Gemeindefschule, Charlottenburg, Gellertstr. 34, unterrichtet werden, müssen umgehend ihre Adressen beim Genossen Emil Jernitz, Gellertstr. 25, Quergebäude 3 Tr., abgeben.

5. Kreis Friedrichshain. Achtung, Bildungsausschuss! Donnerstag, den 12. Juni, pünktlich abends 8 Uhr, Friedrichshain, Präsidiumspräsident.
 6. Kreis Kreuzberg. Die Debatte des Reiches treffen sich Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, im Schulhaus, Hagenheide 22.
 20. Kreis Reinickendorf. Arbeiterwohlfahrt: Donnerstag, den 12. Juni, 7 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses Reinickendorf-Ort, Hauptstraße, 2. Abend: Hl. Dr. Hellinger: „Die neue Fürsorgepflichtverordnung — ihre Bedeutung und Anwendung in der freien Wohlfahrtsarbeit“.
- Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Prenzlauer Berg: Monatliche Zusammenkunft Donnerstag, den 12. Juni abends pünktlich 7 Uhr, im Jugendheim Danziger Str. 23, Zimmer 17. Tagesordnung: Sonnenwendfeier.

Heute, Mittwoch, den 11. Juni: Mitgliederversammlungen und Jahlabende.

1. Wkt. Die Abteilungsversammlung fällt aus. Die Genossen nehmen am Donnerstag an der großen Versammlung im Lehrereinschulhaus teil.
2. Wkt. 7 1/2 Uhr Jahlabend: Bezirke 496/487 bei Schilfowatz, Radaniensallee; Bezirke 491-495 bei Albrecht, Veteranenstr. 4; Bezirke 496-500.
12. Wkt. 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung bei Schmidt, Bielestr. 17. Neuwahl des Abteilungsleiters.
16. Wkt. Die Mitgliederversammlung findet erst am 18. Juni bei Carus, Holstaer 57, statt. Die Funktionäre werden gebeten, hierzu einzuladen.
21. Wkt. Der Jahlabend fällt aus und findet am 18. Juni statt.
24. Wkt. 7 1/2 Uhr Versammlung der 3. Gruppe im Hermannshaus. Die Mittelbeiratsmitglieder Gruppen gehen morgen (Donnerstag) zur internationalen Kundgebung in der Saalbau Friedrichshain.
34. Wkt. Der Jahlabend findet erst am 18. Juni statt. Donnerstag Begegnung im Saalbau Friedrichshain.
35. Wkt. Der Jahlabend wird verlegt auf den 18. Juni.
36. Wkt. Der Jahlabend fällt aus. — Nächster Mittwoch Abteilungsversammlung. Näheres wird noch durch Handzettel bekanntgegeben.

Schaumpon
 mit dem schwarzen Kopf
 Das altbewährte Kopfwaschpulver



45. Wkt. Bezirksleiter, abends 7 Uhr Handzettel von Wolf, Gellertstr. 26, abholen!
44. Wkt. Die Mittelbeiratsversammlung fällt aus und findet am 18. Juni statt.
46. Wkt. Die Abteilungsversammlung findet umständlicher am Mittwoch, den 12. Juni, statt. Am Donnerstag Beteiligung an der Kundgebung im Schulhaus-Kaufhaus Hagenheide 22.
32. Wkt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Blüthner, Kaiserin-Augusta-Allee 83, Abteilungsversammlung. Vortrag über „Schulfragen“. Gruppenleiter als Gäste willkommen.
- Schöneberg. 77. Wkt. Die Jahlabende am Mittwoch fallen aus und finden am 18. Juni in den bekannten Lokalen statt. — 78. Wkt. Der gemeinsame Jahlabend findet erst am 18. Juni statt. — 79. Wkt. Der heutige Jahlabend fällt aus, die Mittelbeiratsversammlung findet am 18. Juni statt. — 80. Wkt. 7 1/2 Uhr im Besetzungsaal des Helmholz-Gymnasiums, Rudenstraße, Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung.
81. Wkt. Friedenau. 8 Uhr Bezirksabende: 1.-3. Bezirk bei Klage, Handjerystr. 60-61; 4.-6. Bezirk bei Schulz, Wiesbadenstr. Ecke Danbacher Straße. Neuwahl der Bezirksleiter. Aussprache über „Regelung, Reichstag und Parteitag“.

Internationale Kundgebung

am Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, anlässlich des Parteitages der B S P D. in folgenden Lokalen:
 Lehrereinschulhaus, am Alexanderplatz
 Germania-Säle, Chausseestraße 110
 Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain
 Schultheihaus (Wintergarten), Hagenheide 22

Neben deutschen Reichstagsabgeordneten werden in allen Versammlungen ausländische Sozialisten zur Berliner Arbeiterschaft sprechen. Arbeitergefangenenvereine wirken ebenfalls mit.

88. Wkt. Mariendorf. Der Jahlabend findet erst nächsten Mittwoch in den bekannten Lokalen statt.
89. Wkt. Lichterfelde. Die Mittelbeiratsversammlung findet nicht heute, sondern erst am 18. Juni statt.
- Reinickendorf. 94. Wkt. Der Jahlabend fällt aus. — 97. Wkt. 7 Uhr im Reichenhof der Thomas-Schule, Sinaang Thomasstraße, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. — 98. Wkt. Die Abteilungsversammlung fällt heute (Mittwoch) aus. Am Freitag, den 13. Juni, 8 Uhr, Funktionärsitzung bei Teich, Venow, Ecke Raschewitzstraße.
104. Wkt. Riechensdörfer. 7 1/2 Uhr im Reichenhof der neuen Schule, Rudower Straße, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Demmer über „Schule und Elternbeiratswahlen“.
131. Wkt. Der Jahlabend heute abend fällt aus.
133. Wkt. Schöneberg. Der Jahlabend findet erst Mittwoch, den 18. Juni, statt.
137. Wkt. Reinickendorf-West. 7 1/2 Uhr Jahlabend im Volkshaus Edermannstraße 114.
- Wkt. 140a Friedenau. Der Jahlabend findet in acht Tagen statt.
141. Wkt. Rosenthal. Der Jahlabend findet am Mittwoch, den 11. Juni, nicht statt, sondern wird um einige Tage verlegt. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Morgen, Donnerstag, den 12. Juni:

1. Wkt. Die Genossen treffen sich Donnerstag 6 1/2 Uhr Markstein, Ecke Wilmsstraße, zur Kundgebung in der Hagenheide.
81. Wkt. Friedenau. 7 1/2 Uhr öffentliche Elternversammlung in der Aula der Gemeindefschule Offenbacher Straße. Genosse Herrmann bietet spricht über „Weltliche oder konfessionelle Schule“.

Fraueneranstaltungen am Donnerstag, den 12. Juni:

3. Kreis Wedding. 7 Uhr Funktionärsitzung an bekannter Stelle.
4. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, den 12. Juni, im Saalbau Friedrichshain, Sitzung der Funktionärinnen 1 Stunde vor Beginn der öffentlichen Versammlung.
7. Kreis Charlottenburg. 8 Uhr Sitzung der Funktionärinnen im Garten Schenauer 8. Gebet ist mitzubringen. Jede Abteilung muß vertreten sein. Material wird ausgegeben.
8. Kreis Steglitz, Lichterfelde, Reinickendorf. Die Funktionärinnen und Abteilungsleiterinnen treffen sich um 8 Uhr bei Siemssen, Südbend, Stephanstraße 1, zu einer wichtigen Besprechung.

Sportbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

91. Wkt. Reinickendorf. Genosse August Ehrenberg ist verstorben. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. Juni (heute), nachmittags 4 Uhr, auf dem Zentralfriedhof, Hermannstraße, statt.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Dienstag, den 10. Juni.

1. Rennen. 1. Refarola (Lüder), 2. Simons (Ulbrich), 3. Ellen (Bismark). Toto: 32:10. Platz: 12, 18, 12:10. Ferner liefen: Ramuela, Florentiner, Rama, Doushka.
2. Rennen. 1. Sinnig (H. Standig), 2. Valerina (Dr. König), 3. Wratel (Kafertorn). Toto: 33:10. Platz: 15, 16:10. Ferner lief: Elshen, gel.
3. Rennen. 1. Erzähler (Nichter), 2. Vaislin (Cavello), 3. Goa (Sandmann). Toto: 49:10. Platz: 20, 18, 48:10. Ferner liefen: Dubiene, Jovira, Magister, Galant, Jovitar II, Gubicht, Dorna Batra, Wemmo, Teich.
4. Rennen. 1. Faun (n. Herder), 2. Nabil (Waj. Braune), 3. Fagel (Schlag (n. Falkenhäuser)). Toto: 30:10. Platz: 13, 13, 17:10. Ferner liefen: Abader, Quellanymie, Steinberger, Uganfa, gel.
5. Rennen. 1. Karr (Schmidt-Bauk), 2. Holzschlag (Graf-Hodemann), 3. Überleht (Dr. Dohle). Toto: 30:10. Platz: 17, 15, 18:10. Ferner liefen: Baroli, Osterlieb, Uta Troil, Larma, Fajmteid, Ulla, Der Sogemann, Gabelind.
6. Rennen. 1. Fetters (Ruflied), 2. Heilberg (Dertel), 3. Eltrud (Bismark). Toto: 22:10. Platz: 14, 19:10. Ferner liefen: Egel, Sternfeld, Rurthen.
7. Rennen. 1. Rosario (Reim), 2. Adaphus (Volk), 3. Lory (Zieth). Toto: 78:10. Platz: 30, 32, 26:10. Ferner liefen: Blautopaz, Wind, Uganfa, Malacara.

Wetterbericht für Berlin und Umgegend. Etwas kühler, überlegend bewölkt mit leichten Regenschauern bei mäßigen westlichen Winden. — Für Deutschland: Ziemlich verbreitete, im Norden etwas härtere, in Mitteldeutschland schwächere Regenschauer, im Süden größtenteils trocken.



Überall erhältlich!
 Cavalin an Sommertagen schafft unendliches Behagen.
 Der Streupuder gegen Schweiß und dessen Wirkungen. — Für Sport und Wanderung.
 Herstellerin W. Spindler A.-G., Berlin C. 19

Schuhwaren gewaltig ermäßig!

Verkauf soweit Vorrat

Herren-Halbschuhe weiss Segeltuch, zum Schnüren mit roter Gummisohle Größe 44-46 2.90 Paar	Herren-Stiefel und Halbschuhe grau u. schwarz, mod. Form Rahmenarbeit 9.75 Paar	Damen-Stiefel schwarz Chevreau und Box calf, Rahmenarbeit, unsortierte Größen 10.50 Paar
Damen-Hausschuhe eleg., entzückende Farben, mit Wildledersohle 4.90 Paar	Herren-Halbschuhe weiss Leinen, moderne Form, gutes Fabrikat 4.90 Paar	Herren-Stiefel schwarz R-Box, Rahmenarbeit, gutes Fabrikat 10.50 Paar
Damen-Halbschuhe in grau und weiss Leinen, elegante Form, vorzügliches Fabrikat 4.90 Paar	Herren-Halbschuhe weiss Leinen, moderne Form, gutes Fabrikat 4.90 Paar	Damen-Halbschuhe braun Box calf und Chevreau, moderne Form, Rahmenarbeit 10.50 Paar

Forsetzung unseres billigen Seiden-, Kleider- u. Waschtstoff-Verkaufs

HERMANN TIETZ
 Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Damen-Strümpfe und Herren-Socken mod. Farben u. schwarz, Baumwolle 58 Pl.	Damen-Strümpfe und -Socken moderne Farben, gute Baumwolle..... 78 Pl.
---	---

Partei und Gewerkschaften.

Von H. Schliesfeldt, Stuttgart.

Der bevorstehende Parteitag wird sich sehr ernsthaft mit dem inneren Parteileben beschäftigen und zugleich unsere grundsätzliche und taktische Haltung zur SPD. klären müssen. Dabei wird man auch der Gewerkschaftsbewegung gedenken, denn die SPD. lebt agitatorisch nicht nur von ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie, sondern in nicht geringerem Maße von der Beschimpfung und Verteufelung der Gewerkschaften. Die Beherrschung der letzteren würde der SPD. erst die notwendige breite Basis geben für die Experimente ihrer Auftragsgeber. Allerdings würde der Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung in kurzer Zeit erreicht sein. Aus diesen Gründen wird es notwendig, daß auch der Parteitag nicht achtlos an den Gewerkschaften vorbeigeht.

Zwischen der Partei und den Gewerkschaften bestand seit dem Mannheimer Parteitag 1906 ein freundschaftliches Verhältnis und bei Aktionen, die beide Glieder der Arbeiterbewegung betrafen, wurde eine Verständigung der leitenden Körperschaften gefordert. Der Parteitag 1907 in Essen bezeichnete die der Generalkommission angeschlossenen freien Gewerkschaften als allein zuständig für die Parteimitglieder. Dieses Verhältnis wurde durch mancherlei Personalunion, besonders in der parlamentarischen Vertretung der Partei noch weiter befestigt, ohne daß die organisatorische Selbständigkeit beider Teile beeinträchtigt wurde.

Die durch den Krieg hervorgerufene Spaltung der Partei brachte den Gewerkschaften naturgemäß Schwierigkeiten, und der Gewerkschaftskongress in Nürnberg 1919 löste deshalb das Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei und erklärte die Neutralität der Gewerkschaften in dem Kampf zwischen den bestehenden drei Parteien: SPD., USPD. und KPD. Das war notwendig, solange mehrere Parteien bestanden, die sich in ihrer Haltung zu den Gewerkschaften nicht grundsätzlich unterschieden und die Selbständigkeit der Gewerkschaften nicht bestritten wurde.

Inzwischen sind grundlegende Wandlungen eingetreten. SPD. und USPD. sind vereint, während die KPD. sich immer weiter entfernt hat. Seit der Spaltung der USPD. in Halle durch die KPD. mit Hilfe der 21 Moskauer Bedingungen ist der Kampf der Kommunisten gegen die Gewerkschaften dauernd gesteigert, und ein Uebermaß von Kraft mußte von den Gewerkschaften in den dauernden Kämpfen um ihre Selbständigkeit gegen die KPD. vergeudet werden. In jahrelangen bitteren Erfahrungen ist die Gewerkschaftsfeindschaft der KPD. erwiesen, und wenn die Gewerkschaften heute erheblich geschwächt sind, so liegt die Ursache nicht allein in dem Verlauf der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Deutschlands. An der eingetretenen Schwächung durch die innere Zersetzung, dem größten Lebel, trägt die KPD. die alleinige Schuld. Eine Verständigung der Gewerkschaften mit der KPD. ist zur Unmöglichkeit geworden, weil sie die Selbständigkeit der Gewerkschaften verneint.

Die Gewerkschaften sind keine politischen Parteien und können es ihrem Wesen nach auch gar nicht sein. Sie sind die Klassenorganisationen des Proletariats, denn die Mitgliedschaft in denselben ist nur an die Zugehörigkeit zur Klasse, nicht aber an ein politisches Glaubensbekenntnis gebunden. Dennoch müssen sich auch die Gewerkschaften um Politik kümmern, und nicht nur die Sozial- und Wirtschaftspolitik beeinflusst die Wirksamkeit der Gewerkschaften. Der Sozialist sieht in ihnen auch noch die zukünftigen Träger einer organi-

sierten Wirtschaft. Deshalb ist es notwendig, die politische Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Interessen bei einer politischen Partei zu suchen.

Der SPD. können die Gewerkschaften auch nicht das geringste Vertrauen entgegenbringen; zu groß sind ihre beachteten und gelungenen Schädigungen der Gewerkschaften. Als einzige Partei bleibt die Sozialdemokratie, in der die Gewerkschaften ihre politische Vertretung finden können. So liegt nichts näher, daß der Parteitag seine Bereitwilligkeit ausspricht, das frühere Verhältnis wiederherzustellen, woran schon bisher nicht zu zweifeln gewesen ist. Zum Teil haben die Gewerkschaften bereits die Folgerungen aus der Entwicklung gezogen. Eine Anzahl hat bei den letzten Wahlen zum Reichstag entschlossen zur Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten aufgeföhrt unter Ablehnung aller anderen Parteien, einschließlich der Kommunistischen.

Die Klärung ist erfolgt, für die Gewerkschaften besteht heute keine Wahl mehr, und der Parteitag wird hoffentlich Gelegenheit nehmen, seine brüderliche Unterstützung der Gewerkschaften zu manifestieren. Auch der soeben zu Ende gegangene internationale Gewerkschaftskongress in Wien hat sich für die sozialdemokratischen Parteien ausgesprochen, selbstverständlich unter Betonung seiner Selbständigkeit. Der Parteitag der SPD. muß ein öffentliches Bekenntnis für die freien Gewerkschaftsorganisationen aussprechen, denn wohl nirgendwo ist die Notwendigkeit stärker wie in Deutschland für die neue Erfüllung des Bismarckschen Wortes:

Partei und Gewerkschaften sind eins!

Der Parteitag und die Berliner.

Von Franz Ränfker.

Der Beschluß der Zentralkörperschaften unserer Partei, den ersten ordentlichen Parteitag der geeinten Sozialdemokratie in Berlin stattfinden zu lassen, ist von den Berliner Parteigenossen lebhaft begrüßt worden. Hier in der Reichshauptstadt, der politischen Metropole Deutschlands, hat die Sozialdemokratie seit der Vereinigung von Vassalleonern und Eisenachern im Jahre 1875 nur einmal einen Parteitag abgehalten.

Am 14. November 1892 eröffnete Paul Singer in den Konfordia-Festfälen den 3. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Vor der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Gruppen, im November 1887, hielt der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in Berlin eine ordentliche Generalversammlung ab, auf welcher J. B. v. Schweiger, der Nachfolger Lassalles im Präsidium des Arbeitervereins, neben Bracke und Frißche über die Fragen: „Preußen und die deutsche Frage“, sowie das „Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht“ referierten. Diese Generalversammlung des Arbeitervereins kann als der erste sozialdemokratische Arbeiterkongress, der in Berlin tagte, bezeichnet werden.

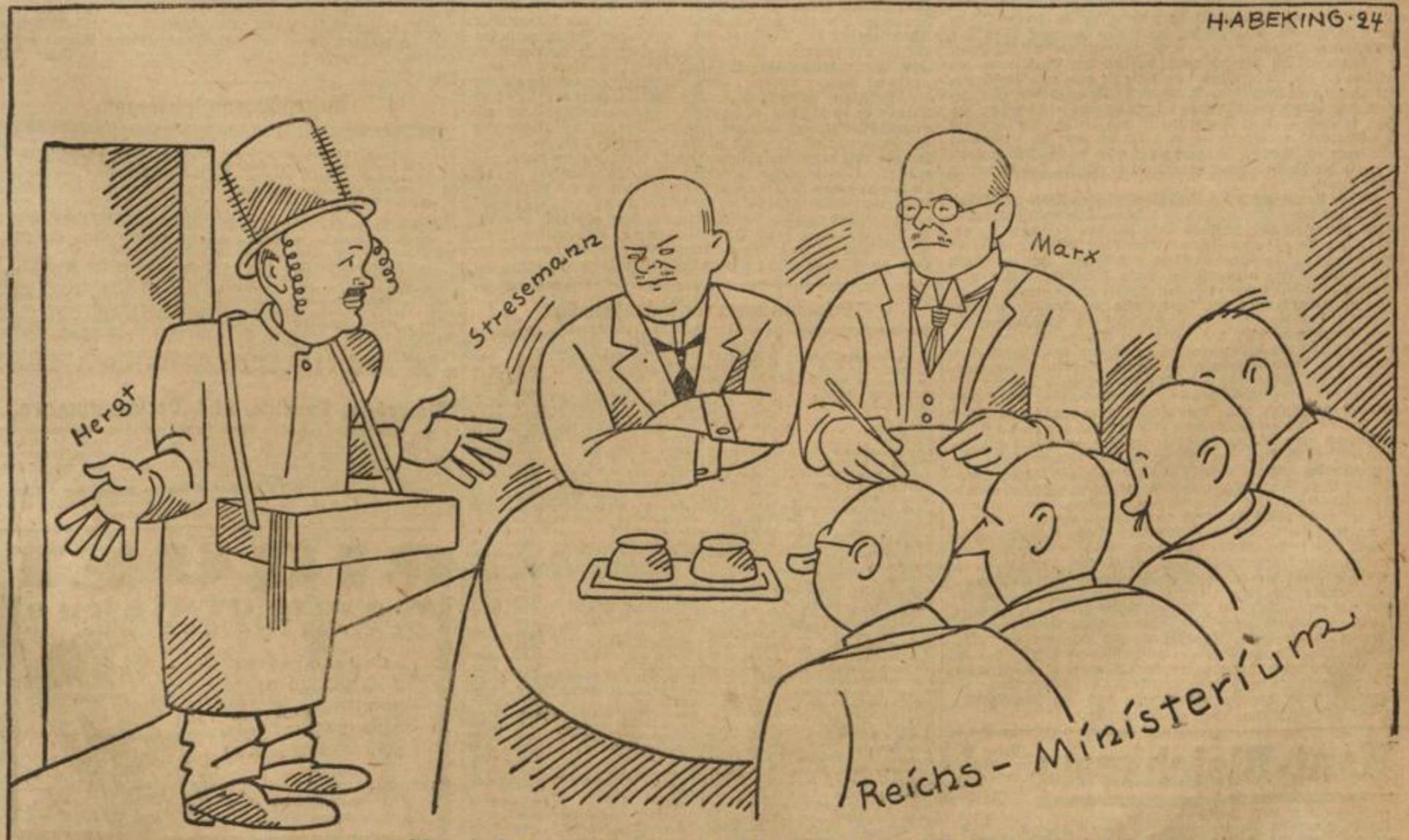
Nach dem unglücklichen Kriege, der zur Spaltung der Sozialdemokratie führte, hielt im März 1919 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses einen Parteitag ab.

Die Zeit der Spaltung ist vorbei. Heute begrüßen die Berliner Sozialdemokraten den Parteitag der Vereinten Sozialdemokratischen Partei. Wir Berliner haben nur den Wunsch, daß es dem Parteitag in Berlin gelingen möge, der Sozialdemokratie wie auch der gesamten Arbeiterchaft

Ziel und Richtung zu geben in den uns bevorstehenden schweren Kämpfen. Die in Nürnberg erfolgte Einigung der beiden Sozialdemokratischen Parteien war der Anfang eines Gesundungsprozesses der gesamten deutschen Arbeiterbewegung. Wenn bisher nicht alle auf die Vereinigung gesetzten Hoffnungen erfüllt wurden, so liegt das nicht zuletzt daran, daß die Einigung in einem Augenblick vollzogen wurde, in dem der auf der Arbeiterschaft schwer lastende wirtschaftliche Druck das ganze Fühlen und Denken der Arbeiter ungünstig beeinflusste. Wenn erst der außenpolitische Druck, der auf Deutschland lastet, beseitigt ist und wir konsolidierte Verhältnisse haben, wird auch das Proletariat mit gesteigertem Interesse am politischen Leben teilnehmen.

Der Parteitag kann durch seine Verhandlungen und Beschlüsse viel dazu beitragen, die Werbekraft der Sozialdemokratie zu erhöhen. Klar und eindeutig muß der Parteitag daher zu den in letzter Zeit vielumstrittenen Fragen Stellung nehmen. Nur dadurch wird die Partei ihre in letzter Zeit verlorengegangenen Positionen zurückerobert. In einer Zeit, wo das gesamte Bürgertum alle Kräfte und Nachmittel gegen die Arbeiterschaft und Republik mobilisiert, gibt es für die Sozialdemokratie nur eins, diesem Ansturm die geschlossene Front der Hand- und Kopfarbeiter entgegenzustellen. Ein solcher vom Parteitag ausgehender Kampfruf der Sozialdemokratie würde in den Herzen und Köpfen der deutschen Arbeiter lebhaften Widerhall finden und das die Arbeiterinteressen schädigende Treiben der Kommunisten bald unmöglich machen. Mit größter Aufmerksamkeit werden die Parteigenossen die Debatten auf dem Parteitag verfolgen. Die dem Sozialismus und der Sozialdemokratie ergebenden Berliner Arbeiter erwarten vom Parteitag, daß er der gesamten Partei und Arbeiterbewegung neue Energien vermittelt. Welcher Entwicklung unsere Partei, welcher Zukunft die deutsche Republik entgegengehen soll, hängt zum guten Teil vom Ausgang des Berliner Parteitages ab.

Wie im ganzen Reich, so bewegt sich auch in Berlin unsere Partei wieder in aufsteigender Linie. Der Kommunismus verfliegt immer mehr. Das arbeiterschädigende und beleidigende Auftreten der kommunistischen Reichstagsfraktion hat selbst unter den Berliner Arbeitern helle Empörung ausgelöst, die bisher mit den Kommunisten sympathisierten. Seit der Reichstagswahl hat sich die Situation für die Sozialdemokratie in Berlin bedeutend gebessert, was zunächst in einem stärkeren Anwachsen der Mitgliedschaft zum Ausdruck kommt. Ein Wahlkampf, heute ausgetragen, würde für uns in Berlin ein günstigeres Resultat zeitigen, als das vom 4. Mai. Auch die Berliner Gewerkschaften sind gesunden. Der Einfluss der Kommunisten in den Gewerkschaften ist dauernd im Schwinden begriffen. Bei den Buchdruckern, Gemeinde- und Staatsarbeitern und, was besonders hervorzuheben ist, bei den Metallarbeitern, haben die vor einigen Wochen stattgefundenen Delegiertenwahlen zu den örtlichen Generalversammlungen ein starkes Anwachsen der Amsterdamer Richtung gebracht. Gerade die Generalversammlung der Metallarbeiter war durch die starke kommunistische Fraktion fast zur Arbeitsunfähigkeit verurteilt. Nach der Neuwahl der Delegierten ist die Ortsverwaltung gegen 67 kommunistische Stimmen von 450 Delegierten gewählt worden. In der Zusammensetzung der Generalversammlungen der Gewerkschaften kommt deutlich zum Ausdruck, daß in den Betrieben der Einfluss der Kommunisten zurückgeht. Die aufgeklärten Arbeiter wenden sich von den Parolenfabrikanten ab, das ist das Wesentlichste und Erstnächste, was allüberall zu beobachten ist. Die wüste Hebe der Kommunisten gegen die Führer der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, sowie das andauernde Geschrei vom Verrat hat



„Ein letztes Wort! Drei kleine Portefeuillechen, und es wird alles gemacht!“

dazu geführt, daß die Anhänger der Kommunisten sich von den Organisationen abwendeten und in das indifferente Lager zurückgingen. In Berlin können wir feststellen, daß die von den Kommunisten bisher gegen die Sozialdemokratie angewendeten Kampfmethoden sich in erhöhtem Maße gegen die Kommunisten auszuwirken beginnen. Die Berliner Sozialdemokraten, die einen besonders steinigen Boden zu bearbeiten haben — das liegt nun einmal im Wesen und Charakter dieser Biermillionenstadt —, sind voll Zuversicht für die Entwicklung unserer Partei. Ihre Aufwärts- und Vorwärtsbewegung kann beschleunigt werden, wenn der Reichsparteitag an alle Proletarier den Ruf zum Sammeln ergehen läßt.

Das ist der heiße Wunsch der Berliner Sozialdemokratie. Mäße der Parteitag die von Hunderttausenden Arbeitern auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllen. Dann würde er die Proletarier nicht nur mit neuem Kampfesmut für die Ideen des Sozialismus und für die gefährdete Republik erfüllen, sondern auch mit froher Lebenszuversicht.

Wirtschaft

Kapitalistische Kritik am Kapitalismus.

Von jeher war die Tabaksteuer ein beliebtes Steuerobjekt, und die meisten Finanzpolitiker ließen es angehen, sich mit besonderer Sorgfalt und Liebe mit ihr zu befassen, wie sie am wirksamsten ausgebaut werden könnte. Auch die Sachverständigen des Dawes-Guthachs, die sich mit dem Problem der Zahlungsfähigkeit Deutschlands eingehend beschäftigt haben, haben über den Ausbau der Tabaksteuer Vorschläge gemacht, und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß das Deutsche Reich erheblich höhere Erträge aus der Tabaksteuer erzielen kann als es bisher erzielt hat.

Bemerkenswert sind die Darlegungen insofern, als die Ausführungen der Sachverständigen eine ausgezeichnete Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und der unrationellen Kapitalverschwendung in der Tabakindustrie darstellen. Es werden die Fehler aufgedeckt, die aus dem Anwachsen der unrentablen mit einander konkurrierenden Kleinbetriebe sich ergeben haben. Ferner werden die schädigenden Wirkungen, die sich aus dem stark aufgeblähten preistreibenden Zwischenhandel entwickelt haben, gezeigt.

Um diesen Übelständen abzuhelfen, und um dem Staat die zum Teil verschüttete Finanzquelle wieder nutzbar zu machen, haben die Sachverständigen ein Tabakhandelsmonopol vorgeschlagen, daß die Freiheit der Herstellung und des Verkaufs von Tabakfabrikaten durch die Privatindustrie stark einschränkt und dafür bestimmte staatliche Konzessionen vorstellt. So soll für die Neuerrichtung einer Tabakfabrik oder Erweiterung einer bestehenden Fabrik die staatliche Genehmigung erforderlich sein. Die Anzahl der bestehenden Tabakfabriken ist zu verringern, und zwar werden die Fabriken ohne gewerblichen Charakter und die unrentablen Fabriken geschlossen.

Diese beiden Punkte zeigen deutlich die Absicht, die mit diesen Bestimmungen verfolgt werden. Es soll die Konzentration der Produktion herbeigeführt werden. Es sollen nur solche Betriebe der Privatindustrie weiterleben dürfen, die technisch und wirtschaftlich gute Erträge gewährleisten. Die Besorgung der Arbeiter in der Tabakindustrie, insbesondere die der in den Kleinbetrieben beschäftigten, soll infolge starker Betriebseinschränkungen um Brot und Lohn kommen werden, ist nicht begründet. Denn es handelt sich ja nicht darum, die Produktion zu vermindern, sondern im Gegenteil, durch Konzentration die Wirtschaftlichkeit der großen Werke zu steigern. Um die höchstmögliche Steigerung der Produktion zu erreichen, wird es notwendig sein, daß die Großbetriebe dementsprechend ihren Produktionsapparat erweitern oder mindestens voll ausnützen und die aus den geschlossenen Kleinbetrieben verdrängten Arbeitskräfte an sich ziehen. Daß derartige Umstellungen ohne große Arbeitslosigkeit möglich sind, hat die Praxis bereits erwiesen. Wo allerdings durch die Betriebszusammenfassung eine Umsiedlung an Arbeiter notwendig wird, die infolge des Wohnungsmangels nicht ohne weiteres durchführbar ist, wird sich vorübergehende Arbeitslosigkeit großer Arbeitergruppen nicht vermeiden lassen. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die gegenwärtige rein kapitalistische Produktionsweise mit ihrer starken Tendenz zur Überproduktion nicht nur ohnehin Arbeitslosigkeit nach sich ziehen muß, sondern auch gerade im Tabakgewerbe bereits schwere, krisenartige Erscheinungen gezeigt hat. Auf die Dauer bietet der monopolartige Betrieb sicherere und regelmäßige Beschäftigung. Im übrigen müssen wir feststellen, daß bei der Ausführung des Projektes für die Arbeiterchaft das Billigste ist, was man den Unternehmern als recht zurechnen kann. Wenn man, wie es in dem Plan geschieht, den stillgelegten Betrieben Entschädigungen zu billigt, so muß — diese Forderung ist von der Arbeiterchaft auf das Bestimmteste zu erheben — auch für die von der Umstellung Betroffenen ein Entschädigungsfonds bereitgestellt werden, der den in der Ubergangszeit erwerbslos werdenden Tabakarbeitern zugute kommt.

Andere Punkte regeln das Verhältnis zwischen Staat und Tabakindustrie und legen fest, daß das zu bildende Tabakindustriellenkontorium sich verpflichtet, sämtliche Tabakfabrikate zu einem angemessenen Preise zu liefern. Der Staat selbst errichtet zur Preiskontrolle eine staatliche Tabakfabrik, um an Hand dieser Kontrolle den angemessenen Preis festzustellen. Die ausländischen Fabrikate stehen unter den gleichen Bedingungen wie die heimischen Tabakwaren. Die Organisation des Verkaufs vollzieht sich derart, daß der Staat die Lagerhäuser der Großhändler für eigene Zwecke verwendet, daß weiter der Kleinhandel konzessionspflichtig ist und sich an die staatlich festgelegten Kleinhandelspreise zu halten hat. Auch in diesem Falle werden staatliche Kleinhandels-geschäfte zwecks Überwachung der Kleinhandelspreise errichtet.

Das Ziel aller Maßnahmen ist, die Produktion von Tabakfabrikaten vollständig unter staatliche Kontrolle zu stellen und jegliche unnatürlichen Preissteigerungen zu verhindern, wie sie zum Teil durch die hohe wirtschaftlich ungegerechtfertigte Kalkulation der Privatindustrie bedingt sind. Die Feststellung des angemessenen Preises soll nicht auf Grund theoretischer Erkenntnisse erfolgen, auch nicht auf Grund gefährlicher Selbstkalkulationen der Interessenten, sondern der Staat ist gehalten, selbst in die Produktion und die Verteilung ein, um durch die Praxis die wirtschaftlich richtige Preisbildung zu ermitteln. In diesem Punkte unterscheidet sich der Vorschlag grundlegend von den Kontingenzsteuerungen, die dem Produzenten die Abmilderung ihrer Steuerlast und der Fabrikanten noch erleichterten.

Die Sachverständigen glauben, aus dem Monopol nach der Ubergangszeit im Jahre 1927/28 den hohen Ertrag von 60 Proz. der Bruttoeinnahmen gleich 356 Millionen Goldmark garantieren zu können als Erfolg der Umgestaltung und Kontrolle der Tabakindustrie. Diese Summe übersteigt bei weitem die Erträge aus der heutigen Tabaksteuer. Bei diesen Berechnungen ist berücksichtigt, daß etwa ein Viertel der jetzigen Fabrikanten entschädigt, ferner den übrigen 35 Proz. der Herstellungskosten und den Kleinhandlern 12 Proz. der Bruttoeinnahmen gezahlt werden.

Die Gutachter haben mit dem Vorschlag der Einführung eines Tabakhandelsmonopols gleichzeitig hervorragende Kritik an den jetzigen Zuständen in der Tabakindustrie geübt und objektiv die Fehler aufgezeigt, die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem anhaften. Eine besondere Bedeutung erhält die Kritik dadurch, daß hier einmal Sachverständige, die nicht in dem Genuß stehen, verkappte „Marxisten“ zu sein, mit unumwiderrückbaren Argumenten die Übelstände und Schäden des Kapitalismus gekennzeichnet und einen Weg zur Heilung dieser Schäden gezeigt haben, nämlich den der gemeinwirtschaftlichen Produktionsweise. Daß die Interessenten gegen diesen Vorschlag protestieren, erhöht nur seinen Wert, anstatt ihn zu vermindern; es wäre das erstmal in der Geschichte des Kapitalismus, daß dieser von sich aus eine gemeinwirtschaftliche Unternehmungsform propagiert, die seine Profite begrenzt und seine Gestehungskosten schärfer Kontrolle unterzieht. Keinen Anlaß zum Protest hätten unseres Erachtens die Kleinhandler. Ihre Gewinnmöglichkeit würde freilich auf 12 Proz. beschränkt sein. Allerdings sollen rührige Kleinhandler besondere Zuschläge erhalten. Auf der anderen Seite wären sie geschützt gegen die verheerenden Folgen der Scheuderkonkurrenz, die jetzt im Handel mit Tabakfabrikaten blüht und viele ehrliche und nicht allzu kapitalstarke Geschäfte dem Ruin preisgibt. Eine Verminderung des Tabakhandels erfolgt jetzt ohnehin durch die Folgen der Leberproduktion, sie wird auch beim Tabakhandelsmonopol unvermeidlich sein. Nur würde die unter staatswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgende Einschränkung auf berechnete Interessen des Handels Rücksicht nehmen können, während in dem Kampf aller gegen alle, der das Kennzeichen der kapitalistischen Krise ist, oft wertvolle Kräfte in der Warenverteilung zugunsten von geschickten Spekulanten ausgeschaltet werden.

Frankiert mit den Wohlfahrtsbriefmarken für die „Deutsche Nothilfe“!

Die Ursache der Stilllegungen. Von manchen Seiten wird die Produktionskrise, die im Anwachsen ist, auf die Kreditpolitik der Reichsbank zurückgeführt. In treffender Weise tritt das Rheinische Landesparlament in seinem letzten Wochenbericht dieser Auffassung entgegen. Es schreibt:

Der unmittelbare Druck des Kampfes im Bergbau auf den Arbeitsmarkt beginnt mit der Beilegung des Konfliktes zu schwinden. Im übrigen steht die Lage aber recht kritisch aus. Es droht eine neue Krise in der Metallindustrie. Die Betriebseinschränkungen und Kurzarbeit nahmen weiter zu oder wurden angekündigt. Sie pflegen die Vorläufer der Stilllegungen zu sein. Der Rückgang erreicht ziemlich gleichmäßig zahlreiche Industriezweige: Nahrungs- und Genussmittelindustrie, einzelne Teile der Textilindustrie — die Lage im R.-Glabbacher Bezirk ist sehr bedenklich —, Kleinwaren- und Solinger Industrie, und auch die schwere Eisen- und Stahlindustrie. Die Zahl der Erwerbslosen steigt an einzelnen Orten. Von einem Wert der chemischen Industrie wird die beabsichtigte Entlassung von 1000 Arbeitern gemeldet. Auf den Entlassungslisten ist häufig vermerkt: „Entlassen infolge Geldmangels“, ein neuer Entlassungsgrund. Fast immer wird als Grund für die Betriebseinschränkungen Geldmangel und Kreditnot angegeben. In Wirklichkeit dürfte es sich in sehr vielen Fällen richtiger um Absatzstockung handeln, denn die Fälle, wo Aufträge, deren Abnahme und prompte Bezahlung sicher ist, nur wegen Kapitalmangels nicht ausgeführt werden können, sind nicht sehr zahlreich. Die Unternehmen legen mit ihrenägern fest. Wenn durch die fürmlich geforderte reichliche Kreditgewährung des Weiterarbeiten auf Lager ermöglicht würde, so hätte der Arbeitsmarkt dadurch eine augenblickliche kurzfristige Erleichterung, die die späteren schweren Schäden nicht aufwiegt, die eintreten müssen, wenn die durch die Absatzstockung aufgestaut und durch Kredit künstlich genährt und verteuerten Väter die Dämme durchbrechen und sich auf den Markt ergießen. Es ist völlig unklar, worauf man mit dem durchgreifenden Abstoßen der Lager eigentlich wartet. Auf eine schnelle Hebung der Kaufkraft? Das wäre ein schwerer Rechenfehler. Waren, die heute wegen des Preises nicht abzusetzen sind, werden in einem halben Jahr noch schlechter abzusetzen sein, wenn es so weiter geht wie bisher. Die Kaufkraft kann sich nur allmählich heben. Sie hängt bei stabilem Geldwert eng mit der Menge der erzeugten und abgesetzten Waren und dem Tempo ihrer Steigerung mit der schnelleren oder langsameren Zirkulation in der Wirtschaft zusammen. Die Betriebsmittelknappheit kann auch zu einem nicht unbeträchtlichen Teil durch beschleunigten Güterumlauf behoben werden. Durch die Stagnation wird nicht nur die Kaufkraft geschwächt, sondern es werden auch große Summen untätig festgelegt und die beiden Übel nur vergrößert. Dadurch, daß man sich die Verkäufe aufzwingen und die Preise nur widerstrebend langsam abdrücken läßt, werden die Verluste nicht vermieden oder verkleinert, sondern letzten Endes vergrößert. Das langsame Abdrücken hält die Wirtschaft in der schleppenden Rutilosigkeit und veranlaßt die Käufer zum Abwarten. Die Krisis wird schleicher und gefährlicher. Wird von den Preisen ein gutes Stück abgehakt, so erhält die Wirtschaft einen neuen Impuls, es gibt Luft, und die Zirkulation kommt wieder in Gang. Wenn man entschlossen auch in der Krisis die Führung nimmt, werden die Verluste kleiner sein, als wenn

Die Ursache der Stilllegungen.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel. Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupe, lose .. 16,23—16,25	Malzkarfee, gepackt .. 20,00—22,00
Gerstengraupe, lose .. 15,99—15,75	Röstgetreide, lose .. 15,75—17,00
Haferfloeken, lose .. 14,50—15,25	Kakao, fettarm .. 90,00—100,00
Hafergrütze, lose .. 15,50—16,25	Kakao, leicht entölt .. 105,00—120,00
Roggenmehl 8/1 .. 11,00—12,50	Tea, Souchon, gepackt .. 350,00—400,00
Weizenmehl .. 16,75—18,00	Tea, Indischer, gepackt .. 425,00—500,00
Hartgeröstet .. 21,50—25,25	Inlandszucker dinst. mel. .. 34,00—35,50
Maisgrütze .. 13,00—14,50	Inlandszucker Raffinad .. 37,00—39,00
70% Weizenmehl .. 15,00—17,00	Zucker Würfel .. 41,00—43,00
Weizen-Anzugmehl .. 15,25—17,75	Kunsthonig .. 28,00—32,00
Speiseerbsen, Viktoria .. 16,75—17,75	Zuckerstrop hell in Elm. .. 40,00—45,00
Bohnen, weiße, 1/2 .. 20,50—24,00	Speiseöl dunkl. in Elm. .. 76,50—80,50
Langbohnen, handverles. .. 27,00—30,50	Marmelade Einftr. Erdb. .. 95,00—110,00
Linsen, kleine .. 31,00—37,50	Marmelade Vierfrucht .. 35,00—42,00
Linsen, mittel .. 31,00—37,50	Plauennus in Eimern .. 35,00—45,00
Linsen, große .. 39,00—46,00	Steinsalz, lose .. 3,10—3,70
Kartoffelmehl .. 18,75—21,00	Siedesalz, lose .. 4,00—4,70
Makkaroni .. 37,00—45,00	Bratenschmalz in Tierces .. 64,50—64,50
Makkaronimehl .. 34,00—36,00	Bratenschmalz in Kibeln .. 64,50—65,50
Schnittkäse, lose .. 17,00—20,50	Purelard in Tierces .. 61,50—62,50
Bruchkäse .. 14,25—16,00	Purelard in Kisten .. 62,00—63,75
Randooon Reis .. 16,25—18,00	Speiseöl in Packung .. 50,50—52,00
Tafelreis, gewascht, Patna .. 23,50—31,00	Speiseöl in Kisten .. 48,00—50,00
Tafelreis, jav. .. 30,00—36,00	Margarine, Handelsm. I .. 58,00
Ringkaffee, amerik. .. 82,00—86,00	desgl. II .. 52,00—55,00
Geir. Pflaumen 90/100 .. 42,00—45,00	Margarine, Spezialm. I .. 76,00
Pflaumen, entsteint .. 50,00—55,00	desgl. II .. 61,00—65,00
Cal. Pflaumen 40/50 .. 68,00—72,00	Margarine III .. 46,00—49,00
Rosinen in Kisten, Candia .. 70,00—82,00	Molkereibutter I, Fassern .. 166,50—170,00
Sultaninen Caraburnu .. 72,00—90,00	Molkereibutter in Pack. .. 172,00—176,00
Korinthens, choice .. 72,00—78,00	Landbutter .. 130,00—135,50
Mandeln, süße Bari .. 145,00—155,00	Auslandbutter in Fassern .. 166,00—172,00
Mandeln, bittere Bari .. 135,00—150,00	Auslandbutter in Pack. .. 174,00—178,00
Zimt (Cassia) .. 106,00—115,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K. .. 33,00—36,00
Kämmel, holländischer .. 115,00—120,00	Speck, gesalzen, fett .. 62,00—72,00
Schwarzer Pfeffer Singsap. .. 95,00—105,00	Quadratkäse .. 22,00—35,00
Weißer Pfeffer .. 125,00—130,00	Quarkkäse .. 35,00—50,00
Rohkaffee Brasil .. 18,00—215,00	Tilster Käse, vollfett .. 95,00—110,00
Rohkaffee Zentralamerika 220,00—285,00	Aust. ungezuck. Condensm. milch 4 1/2 .. 20,50—23,50
Rohkaffee Brasil .. 230,00—250,00	Inländische desgl. 4 1/2 .. 16,50—17,50
Rohkaffee Zentralam. .. 300,00—375,00	Inl. gez. Condensm. 4 1/2 .. 20,00—26,50

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliard.

Haut-Bleichkrem

„More“ so wie More feine bleichen Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Wirksam erprobt unerschöpfliche Mittel gegen unklare Hautfarbe, Sommerprolifer, Debrüsch, gelbe Flecke. Mit genauer Anweisung in allen Drogerien-Verkaufsstellen zu haben.

man das Unvermeidliche untätig an sich heran kommen läßt und erst nach einer Periode der Depression und nach großem Produktionsausfall verlaufen muß. Das heute herrschende statische Prinzip des Abwartens und Hinausschiebens der Verluste ist durch das dynamische Prinzip zu ersetzen, das allein den Arbeitsmarkt vor schweren Rückschlägen bewahren kann.

Zur Aufwertung der Sparguthaben.

Preußen bemüht sich, die Ansprüche der Sparer, soweit das gesetzlich möglich ist, stärker zu berücksichtigen. Durch die Festlegung der Reichsbank, monatlich die Rentenmark gleich 1 Billion Papiermark gilt, und durch die dritte Steuernotverordnung, nach der das Reich den Zinsdienst für die Kriegsanleihen einstellt, ist, so wurde in einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag ausgeführt, der Masse der kleinen Sparer alles genommen, was sie sich in jahrzehntelanger Arbeit erspart hat. Die Anrufer führen weiter aus, daß die Sparkassen derjenigen Städte, die Sachwerte in Waldbesitz hätten, mit Leichtigkeit den Verpflichtungen ihren Sparern gegenüber nachkommen könnten. Auf die Frage, was das Staatsministerium zu tun gedenke, „um die Reichsregierung zu veranlassen, die soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen“, erwidert der Preussische Minister des Innern nachstehende Antwort: „Die dritte Steuernotverordnung sieht in den §§ 1, Ziff. 9, und 7 eine Aufwertung der Guthaben bei öffentlichen und unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen vor. Die näheren Bestimmungen über Bildung und Verteilung der Teilungsmasse sowohl als über einen etwa vom Schuldner zu der Teilungsmasse zu leistenden Beitrag sind den Landesregierungen überlassen. Bei Erfolg der Vorbereitung befindlichen preussischen Ausführungsbestimmungen wird geprüft werden, ob und in welchem Umfange die reichlich als Schuldner der Sparfaisenguthaben zu betrachtenden Gewährleistungverbände der öffentlichen Sparkassen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu Beiträgen werden herangezogen werden können.“

Die Rentenbank legt gegenüber erdbeerweitigen Deutungen Wert auf die Feststellung, daß der von ihr für landwirtschaftliche Reklamationen bereitgestellte Kredit nicht unmittelbar von der Bank an die Landwirtschaft vergeben wird. Private Bankgeschäfte darf die Rentenbank nach ihren Satzungen nicht vornehmen. Der Reklamationenkredit wird vielmehr dem Reiche gegeben, das nun für die Verwendung und Weiterleitung sorgt.

Der Saatenstand im Deutschen Reiche wird für Anfang Juni 1924 amtlich dahin beurteilt, daß für Brostfruchtgetreide bei Fortdauer günstiger Witterung mit einer Mittelernte zu rechnen ist. Für Haferfrucht ist eine abschließende Begutachtung noch nicht möglich. Acker, Luzerne und Wiesen haben sich günstig entwickelt. Im letzten Madrittel haben Hagelschläge strichweise großen Schaden angerichtet. Ueber den Umfang der wegen Auswinterungsschäden erfolgten Umpflügung liegen jetzt für alle Gebiete des Reiches Angaben vor. Hiernach betragen die umgepflügten Flächen im Reichsdurchschnitt vom Hundert des Anbaues bei Winterweizen 6,6, Winterroggen 11,9, Wintergerste 5,5, Acker 2,4, Luzerne 7,8. Die Frühjahrsbefestigung der Felder kann größtenteils als beendet angesehen werden.

Bergwerks-Gesellschaft Hibernia. In der am 3. Juni d. J. in Berlin abgehaltenen Aufsichtsrats-Sitzung der „Hibernia“, die dem preussischen Staat gehört, wurde der vorgeschlagene Abschluß für 1923 festgestellt, der der Generalversammlung zur Genehmigung vorgeschlagen werden soll. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, weist der Abschluß nach Abzug des Vortrages von 1922 von 1 263 122,74 Papiermark und nach Hinzurechnung der Anteilbesitzer einen Gesamtverlust von ungefähr 2 300 000 Goldmark auf. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung soll zum 28. Juni d. J. nach Berlin einberufen werden.

Zusammenstoß in der Lauscher Textilindustrie. Die Vereinigten Spinnereien und Webereien A. G. in Ostroh haben, wie der „Konfektionär“ erfährt, die Gute, Leinen- und Baumwollwebereien G. Heinrich, Ostroh, nebst Zwirn- und Färbereifabrikation käuflich erworben.

Aufhebung der Umsatzsteuerfreiheit für Einfuhrmehl. Die wir erfahren, ist mit der Aufhebung der Umsatzsteuerfreiheit bei Getreideimport, wenigstens soweit Mehl in Frage kommt, in nächster Zeit zu rechnen. Die Maßnahme ist die erste größere Konzession an die Landwirtschaft auf dem Gebiet der Getreideeinfuhrbeschränkung.

Konkurs in internationalen Baumwollhandel. Die alte Baumwollfirma Pferdengieser Freyer u. Co., Liverpool, die Verbindungen in Le Haere, Bremen, New Orleans, Savannah und Galveston unterhält, ist laut „Konfektionär“ mit 167 471 Pfund Sterling Passiv, denen nur 5065 Pfund Sterling Aktiven gegenüberstehen, in Konkurs geraten. Die Firma wurde im Jahre 1873 gegründet.

Jugendveranstaltungen.

Wichtig! Abteilungsleiter! Die Abteilungen, bis bis heute noch keine Jugendgruppen angehängt haben, weisen sich am Samstag (10. Juni) abends 7 1/2 Uhr in der Jugendsekretariat (Wilmersdorf) ab. Ferner müssen von diesen Abteilungen noch die Juni-Programme abgeliefert werden.

Wegen Eröffnung des Parteitag des Jugendsekretariat heute (Mittwoch), den 11. d. M., nur bis 9 Uhr nachmittags geöffnet.

Heute, Mittwoch, den 11. Juni, abends 7 1/2 Uhr: **Volksklub-Alt-Gesellschaft**: Am Volksklub 117, Arbeitsgemeinschaft: „Biologie“. — **Volksklub-Mitte**: Jugendheim Dörfstr. 22, Vortrag: „Die wandere Welt“. — **Volksklub-Ost**: Mittelstraße 12, Vortrag: „Geschichte der Erde“. — **Städt. Reichsbürger-Verein**: Schule Glogauer Str. 15, naturwissenschaftlicher Vortrag: „Wohnding: Schule Ruhesack, Cafe Antendrecht, Vortrag: „Erziehung zum Gemeinheitsgefühl“. — **Öbers. (Vaterländischer) und Französischer (Verein)**: Gemeinsame Veranstaltung im Jugendheim Schule Wilmersdorf Str. 4. Schulentlassene sind besonders eingeladen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der Männerchor „Harmonie“ Charlottenburg veranstaltet am Freitag, den 11. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Arbeiter-Park ein öffentliches Freisangert, wozu alle Freunde des Gesanges eingeladen sind. Die Uebungsstunden des Chores finden statt Freitag von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr in der Aula der Siemens-Oberrealschule, Schloßstr. 27, statt.

Deutscher Republikanischer Reichsbund, Ortsgruppe Berlin, Bezirk D 12: Am Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in den Redden-Neißstr., Brandenburger Str. 21. Gäste willkommen.

RIQUET

Mammut-Kakao

DER FETTREICHE

Ladenpreise

500 g Dose extra
(etwa 27% Fett) M 2.80

500 g Paket fein
(etwa 25% Fett) M 2.00



Einzig ist Riquet Mammut-Kakao, einzig wie seit 1743 die Tee-Marke. RIQUET.

Original-Verpackungen, niemals lose.

DE THOMPSON'S
SCHUTZ-MARKE  SCHUTZ-MARKE
SEIFEN-PULVER

Dr. Thompson's Seifenpulver

**trotz größter Waschkraft
garantiert unschädlich!**

Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pf.

Gewinnliste

**23. Preussisch-Süddeutschen (249.
Preuß.) Klassen-Lotterie.**

4. Klasse 7. Juni 1924
Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

1 Gewinn zu 100 000 RM	6710
2 Gewinn zu 50 000 RM	168105
3 Gewinne zu 10 000 RM	203905 216710
4 Gewinne zu 5000 RM	150803 227505 268505
5 Gewinne zu 3000 RM	52210 108705 139410 140305
6 Gewinne zu 2000 RM	24003 40305 112310 126503
7 Gewinne zu 1000 RM	208703 244010
8 Gewinne zu 500 RM	12505 43505 85110 140310
9 Gewinne zu 250 RM	237210 268905 268105 299410
10 Gewinne zu 100 RM	10005 23410 32205 36203
11 Gewinne zu 50 RM	89005 72405 73105 83710 90103 104603 118205
12 Gewinne zu 25 RM	136710 139905 196910 212703 237903 266205
13 Gewinne zu 10 RM	10405 15005 20410 24905 29405 33905 38405 42905 47405 51905 56405 60905 65405 69905 74405 78905 83405 87905 92405 96905 101405 105905 110405 114905 119405 123905 128405 132905 137405 141905 146405 150905 155405 159905 164405 168905 173405 177905 182405 186905 191405 195905 200405 204905 209405 213905 218405 222905 227405 231905 236405 240905 245405 249905 254405 258905 263405 267905 272405 276905 281405 285905 290405 294905 299405 303905 308405 312905 317405 321905 326405 330905 335405 339905 344405 348905 353405 357905 362405 366905 371405 375905 380405 384905 389405 393905 398405 402905 407405 411905 416405 420905 425405 429905 434405 438905 443405 447905 452405 456905 461405 465905 470405 474905 479405 483905 488405 492905 497405 501905 506405 510905 515405 519905 524405 528905 533405 537905 542405 546905 551405 555905 560405 564905 569405 573905 578405 582905 587405 591905 596405 600905 605405 609905 614405 618905 623405 627905 632405 636905 641405 645905 650405 654905 659405 663905 668405 672905 677405 681905 686405 690905 695405 699905 704405 708905 713405 717905 722405 726905 731405 735905 740405 744905 749405 753905 758405 762905 767405 771905 776405 780905 785405 789905 794405 798905 803405 807905 812405 816905 821405 825905 830405 834905 839405 843905 848405 852905 857405 861905 866405 870905 875405 879905 884405 888905 893405 897905 902405 906905 911405 915905 920405 924905 929405 933905 938405 942905 947405 951905 956405 960905 965405 969905 974405 978905 983405 987905 992405 996905 1001405 1005905 1010405 1014905 1019405 1023905 1028405 1032905 1037405 1041905 1046405 1050905 1055405 1059905 1064405 1068905 1073405 1077905 1082405 1086905 1091405 1095905 1100405 1104905 1109405 1113905 1118405 1122905 1127405 1131905 1136405 1140905 1145405 1149905 1154405 1158905 1163405 1167905 1172405 1176905 1181405 1185905 1190405 1194905 1199405 1203905 1208405 1212905 1217405 1221905 1226405 1230905 1235405 1239905 1244405 1248905 1253405 1257905 1262405 1266905 1271405 1275905 1280405 1284905 1289405 1293905 1298405 1302905 1307405 1311905 1316405 1320905 1325405 1329905 1334405 1338905 1343405 1347905 1352405 1356905 1361405 1365905 1370405 1374905 1379405 1383905 1388405 1392905 1397405 1401905 1406405 1410905 1415405 1419905 1424405 1428905 1433405 1437905 1442405 1446905 1451405 1455905 1460405 1464905 1469405 1473905 1478405 1482905 1487405 1491905 1496405 1500905 1505405 1509905 1514405 1518905 1523405 1527905 1532405 1536905 1541405 1545905 1550405 1554905 1559405 1563905 1568405 1572905 1577405 1581905 1586405 1590905 1595405 1599905 1604405 1608905 1613405 1617905 1622405 1626905 1631405 1635905 1640405 1644905 1649405 1653905 1658405 1662905 1667405 1671905 1676405 1680905 1685405 1689905 1694405 1698905 1703405 1707905 1712405 1716905 1721405 1725905 1730405 1734905 1739405 1743905 1748405 1752905 1757405 1761905 1766405 1770905 1775405 1779905 1784405 1788905 1793405 1797905 1802405 1806905 1811405 1815905 1820405 1824905 1829405 1833905 1838405 1842905 1847405 1851905 1856405 1860905 1865405 1869905 1874405 1878905 1883405 1887905 1892405 1896905 1901405 1905905 1910405 1914905 1919405 1923905 1928405 1932905 1937405 1941905 1946405 1950905 1955405 1959905 1964405 1968905 1973405 1977905 1982405 1986905 1991405 1995905 2000405 2004905 2009405 2013905 2018405 2022905 2027405 2031905 2036405 2040905 2045405 2049905 2054405 2058905 2063405 2067905 2072405 2076905 2081405 2085905 2090405 2094905 2099405 2103905 2108405 2112905 2117405 2121905 2126405 2130905 2135405 2139905 2144405 2148905 2153405 2157905 2162405 2166905 2171405 2175905 2180405 2184905 2189405 2193905 2198405 2202905 2207405 2211905 2216405 2220905 2225405 2229905 2234405 2238905 2243405 2247905 2252405 2256905 2261405 2265905 2270405 2274905 2279405 2283905 2288405 2292905 2297405 2301905 2306405 2310905 2315405 2319905 2324405 2328905 2333405 2337905 2342405 2346905 2351405 2355905 2360405 2364905 2369405 2373905 2378405 2382905 2387405 2391905 2396405 2400905 2405405 2409905 2414405 2418905 2423405 2427905 2432405 2436905 2441405 2445905 2450405 2454905 2459405 2463905 2468405 2472905 2477405 2481905 2486405 2490905 2495405 2499905 2504405 2508905 2513405 2517905 2522405 2526905 2531405 2535905 2540405 2544905 2549405 2553905 2558405 2562905 2567405 2571905 2576405 2580905 2585405 2589905 2594405 2598905 2603405 2607905 2612405 2616905 2621405 2625905 2630405 2634905 2639405 2643905 2648405 2652905 2657405 2661905 2666405 2670905 2675405 2679905 2684405 2688905 2693405 2697905 2702405 2706905 2711405 2715905 2720405 2724905 2729405 2733905 2738405 2742905 2747405 2751905 2756405 2760905 2765405 2769905 2774405 2778905 2783405 2787905 2792405 2796905 2801405 2805905 2810405 2814905 2819405 2823905 2828405 2832905 2837405 2841905 2846405 2850905 2855405 2859905 2864405 2868905 2873405 2877905 2882405 2886905 2891405 2895905 2900405 2904905 2909405 2913905 2918405 2922905 2927405 2931905 2936405 2940905 2945405 2949905 2954405 2958905 2963405 2967905 2972405 2976905 2981405 2985905 2990405 2994905 2999405 3003905 3008405 3012905 3017405 3021905 3026405 3030905 3035405 3039905 3044405 3048905 3053405 3057905 3062405 3066905 3071405 3075905 3080405 3084905 3089405 3093905 3098405 3102905 3107405 3111905 3116405 3120905 3125405 3129905 3134405 3138905 3143405 3147905 3152405 3156905 3161405 3165905 3170405 3174905 3179405 3183905 3188405 3192905 3197405 3201905 3206405 3210905 3215405 3219905 3224405 3228905 3233405 3237905 3242405 3246905 3251405 3255905 3260405 3264905 3269405 3273905 3278405 3282905 3287405 3291905 3296405 3300905 3305405 3309905 3314405 3318905 3323405 3327905 3332405 3336905 3341405 3345905 3350405 3354905 3359405 3363905 3368405 3372905 3377405 3381905 3386405 3390905 3395405 3399905 3404405 3408905 3413405 3417905 3422405 3426905 3431405 3435905 3440405 3444905 3449405 3453905 3458405 3462905 3467405 3471905 3476405 3480905 3485405 3489905 3494405 3498905 3503405 3507905 3512405 3516905 3521405 3525905 3530405 3534905 3539405 3543905 3548405 3552905 3557405 3561905 3566405 3570905 3575405 3579905 3584405 3588905 3593405 3597905 3602405 3606905 3611405 3615905 3620405 3624905 3629405 3633905 3638405 3642905 3647405 3651905 3656405 3660905 3665405 3669905 3674405 3678905 3683405 3687905 3692405 3696905 3701405 3705905 3710405 3714905 3719405 3723905 3728405 3732905 3737405 3741905 3746405 3750905 3755405 3759905 3764405 3768905 3773405 3777905 3782405 3786905 3791405 3795905 3800405 3804905 3809405 3813905 3818405 3822905 3827405 3831905 3836405 3840905 3845405 3849905 3854405 3858905 3863405 3867905 3872405 3876905 3881405 3885905 3890405 3894905 3899405 3903905 3908405 3912905 3917405 3921905 3926405 3930905 3935405 3939905 3944405 3948905 3953405 3957905 3962405 3966905 3971405 3975905 3980405 3984905 3989405 3993905 3998405 4002905 4007405 4011905 4016405 4020905 4025405 4029905 4034405 4038905 4043405 4047905 4052405 4056905 4061405 4065905 4070405 4074905 4079405 4083905 4088405 4092905 4097405 4101905 4106405 4110905 4115405 4119905 4124405 4128905 4133405 4137905 4142405 4146905 4151405 4155905 4160405 4164905 4169405 4173905 4178405 4182905 4187405 4191905 4196405 4200905 4205405 4209905 4214405 4218905 4223405 4227905 4232405 4236905 4241405 4245905 4250405 4254905 4259405 4263905 4268405 4272905 4277405 4281905 4286405 4290905 4295405 4299905 4304405 4308905 4313405 4317905 4322405 4326905 4331405 4335905 4340405 4344905 4349405 4353905 4358405 4362905 4367405 4371905 4376405 4380905 4385405 4389905 4394405 4398905 4403405 4407905 4412405 4416905 4421405 4425905 4430405 4434905 4439405 4443905 4448405 4452905 4457405 4461905 4466405 4470905 4475405 4479905 4484405 4488905 4493405 4497905 4502405 4506905 4511405 4515905 4520405 4524905 4529405 4533905 4538405 4542905 4547405 4551905 4556405 4560905 4565405 4569905 4574405 4578905 4583405 4587905 4592405 4596905 4601405 4605905 4610405 4614905 4619405 4623905 4628405 4632905 4637405 4641905 4646405 4650905 4655405 4659905 4664405 4668905 4673405 4677905 4682405 4686905 4691405 4695905 4700405 4704905 4709405 4713905 4718405 4722905 4727405 4731905 4736405 4740905 4745405 4749905 4754405 4758905 4763405 4767905 4772405 4776905 4781405 4785905 4790405 4794905 4799405 4803905 4808405 4812905 4817405 4821905 4826405 4830905 4835405 4839905 4844405 4848905 4853405 4857905 4862405 4866905 4871405 4875905 4880405 4884905 4889405 4893905 4898405 4902905 4907405 4911905 4916405 4920905 4925405 4929905 4934405 4938905 4943405 4947905 4952405 4956905 4961405 4965905 4970405 4974905 4979405 4983905 4988405 4992905 4997405 5001905 5006405 5010905 5015405 5019905 5024405 5028905 5033405 5037905 5042405 5046905 5051405 5055905 5060405 5064905 5069405 5073905 5078405 5082905 5087405 5091905 5096405 5100905 5105405 5109905 5114405 5118905 5123405 5127905 5132405 5136905 5141405 5145905 5150405 5154905 5159405 5163905 5168405 5172905 5177405 5181905 5186405 5190905 5195405 5199905 5204405 5208905 5213405 5217905 5222405 5226905 5231405 5235905 5240405 5244905 5249405 5253905 5258405 5262905 5267405 5271905 5276405 5280905 5285405 5289905 5294405 5298905 5303405 5307905 5312405 5316905 5321405 5325905 5330405 5334905 5339405 5343905 5348405 5352905 5357405 5361905 5366405 5370905 5375405 5379905 5384405 5388905 5393405 5397905 5402405 5406905 5411405 5415905 5420405 5424905 5429405 5433905 5438405 5442905 5447405 5451905 5456405 5460905 5465405 5469905 5474405 5478905 5483405 5487905 5492405 5496905 5501405 5505905 5510405 5514905 5519405 5523905 5528405 5532905 5537405 5541905 5546405 5550905 5555405 5559905 5564405 5568905 5573405 5577905 5582405 5586905 5591405 5595905 5600405 5604905 5609405 5613905 5618405 5622905 5627405 5631905 5636405 5640905 5645405 5649905 5654405 5658905 5663405 5667905 5672405 5676905 5681405 5685905 5690405 5694905 5699405 5703905 5708405 5712905 5717405 5721905 5726405 5730905 5735405 5739905 5744405 5748905 5753405 5757905 5762405 5766905 5771405 5775905 5780405 5784905 5789405 5793905 5798405 5802905 5807405 5811905 5816405 5820905 5825405 5829905 5834405 5838905 5843405 5847905 5852405 5856905 5861405 5865905 5870405 5874905 5879405 5883905 5888405 5892905 5897405 5901905 5906405 5910905 5915405 5919905 5924405 5928905 5933405 5937905 5942405 5946905 5951405 5955905 5960405 5964905 5969405 5973905 5978405 5982905 5987405 5991905 5996405 6000905 6005405 6009905 6014405 6018905 6023405 6027905 6032405 6036905 6041405 6045905 6050405 6054905 6059405 6063905 6068405 6072905 6077405 6081905 6086405 6090905 6095405 6099905 6104405 6108905 6113405 6117905 6122405 6126905 6131405 6135905 6140405 6144905 6149405 6153905 6158405 6162905 6167405 6171905 6176405 6180905 6185405 6189905 6194405 6198905 6203405 6207905 6212405 6216905 6221405 6225905 6230405 6234905 6239405 6243905 6248405 6252905 6257405 6261905 6266405 6270905 6275405 6279905 6284405 6288905 6293405 6297905 6302405 6306905 6311405 6315905 6320405 6324905 6329405 6333905 6338405 6342905 6347405 6351905 6356405 6360905 6365405 6369905 6374405 6378905 6383405 6387905 6392405 6396905 6401405 6405905 6410405 6414905 6419405 6423905 6428405 6432905 6437405 6441905 6446405 6450905 6455405 6459905 6464405 6468905 6473405 6477905 6482405 6486905 6491405 64

